

WIRTSCHAFTSforum

Stimme des Mittelstandes in Baden-Württemberg

Bermudadreieck im Heizungskeller



Schwerpunkt – Seite 4
Das Heizungsgesetz - Gipfel grüner Ideologie



Schwerpunkt – Seite 8
Herausforderung Energiewende



MIT Bund – Seite 26
Deutschland kann es besser!



Wirtschaft – Seite 32
Deutschland kann es besser

Inhalt



3 Vorwort

Schwerpunkt

- 4 Das Heizungsgesetz als Gipfel grüner Ideologie muss weg
- 6 MIT Presseartikel zum GEG
- 8 Herausforderung Energiewende
- 10 Bundesförderung für effiziente Gebäude aus Sicht der Praktiker
- 12 Einsatz von Wärmepumpen – Fakten statt Mythen
- 14 Nein zu Zwang, ja zu Anreiz
- 16 Scheitern nach Plan

Aus den Kreisen & Bezirken

- 18 Aktuelles aus Baden-Württemberg

MIT Land

- 24 Hidden Champignons in der MIT Baden-Württemberg
- 25 „Ich bin neu in der MIT, weil ...“



- MIT Bund
- 26 „Deutschland kann es besser“ – Gemeinsame Wirtschaftskonferenz von MIT und CDU

Wirtschaft

- 30 DIE MITTELSTANDSKLAUSEL BEIM DATENSCHUTZ ERNEUERN
- 32 Der Druck auf unser Sozialsystem steigt und wir werden es retten müssen!
- 34 Bitte Klarheit für die nächste Unternehmergeneration!

Landespolitik

- 36 Darf man in Deutschland sagen, was man denkt?

Bundespolitik

- 38 Mit Leistung zum Erfolg
- 40 Weiter nur Trippelschritte beim Bürokratieabbau



- 41 Inserentenverzeichnis / Marktplatz
- 42 MIT vor Ort / Impressum
- 43 Mitglied werden

Liebe MITstreiterinnen und MITstreiter,

die heutige Ausgabe widmet sich verstärkt dem sogenannten Heizungsgesetz. Über dieses gab und gibt es mit Sicherheit viel zu sagen.

Ich möchte an dieser Stelle aber gar nicht auf die technischen oder juristischen Details dieses Gesetzes eingehen oder dessen Folgen für die Betroffenen umreisen. Auch möchte ich weder sachlich dafür oder dagegen argumentieren. Denn diese Diskussion verliert sich und würde sich nur einreihen in eine gefühlt mittlerweile endlose Reihe an Diskussionen zu Vorgaben, Gesetzen oder Verordnungen, welche uns aus Berlin oder Brüssel aufkrotyriert werden, wie zum Beispiel die Regelungen zur Taxonomie, das Mindestlohngesetz, die gesetzlichen Regelungen und Beschränkungen zum Immobilien-, Arbeits-, Energie- oder Geldmarkt und noch vielen mehr. Die Reihe ließe sich nicht unendlich aber mittlerweile sehr lang fortsetzen.

Die Frage, um die es letztlich mal wieder geht, lautet: was wollen die Regierun-

gen, welche wir uns alle vier, fünf Jahre geben, eigentlich noch alles bis ins Detail regeln und wozu das Ganze?

Die Antwort ist simpel in ihrer Art und umso erschreckender in ihrer Konsequenz. Worum es geht, ist Kontrolle und damit zur Beantwortung des zweiten Teils der Frage, wieviel noch geregelt werden soll: so viel wie es nur geht.

Politische Leitlinien werden dem Wähler, dem freien Bürger, nicht nur vorgegeben, sondern regelrecht aufgezwungen. Wie ideologisch pervers, machtgeil und vor allem dreist muss man unterwegs sein, um freien Bürgern, seinen eigenen Willen derart brutal aufzuzwingen. Die politische Handlungslinie folgt dem Credo: Egal ob ich in vier Jahren noch an der Regierung beteiligt bin oder nicht - meine Gesetze bleiben. Das ist unverfrorenes Kalkül und Machtmissbrauch. Denn eines ist auch klar: der freie Wille des Wählers lässt sich selbst bei den Wahlen damit gar nicht mehr entfalten. Viele dieser



Daniel Hackenjos, Stellvertretender Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg

Gesetze schaffen Tatsachen, die nicht einfach wieder rückgängig gemacht werden können. Weil sie entweder physisch installiert worden sind oder es schlichtweg zu teuer ist, alle vier Jahre die vermeintlich neu hinzugewonnene Freiheit zu nutzen, wohl wissend, dass diese wiederum in vier Jahren schon wieder zunichtegemacht werden kann.

Dieser Zustand ist unerträglich. Gleichzeitig wäre es aber ein leichtes, diesen Zustand zu analysieren und zu benennen. Der zweite Schritt wäre dann, seine Grenzen klar zu ziehen und jeder politischen Zusammenarbeit, welche nur zum Ziel hat, das Volk zu gängeln, eine klare Absage zu erteilen.

Ihr
Daniel Hackenjos

Das Heizungs- gesetz als Gipfel grüner Ideologie muss weg



Thorsten Frei MdB,
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der CDU/
CSU-Fraktion im Deutschen
Bundestag

Foto Tobias Koch

Seit Ende Februar liegen die Fakten auf dem Tisch. Laut Bundesverband Wärmepumpe wurden im Jahr 2023 260.000 Wärmepumpen in Deutschland installiert. Das von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ausgegebene Ziel von 500.000 neuen Wärmepumpen pro Jahr wurde damit meilenweit verfehlt. Umgekehrt wurde im letzten Jahr laut Bundesverband der Heizungsindustrie mit 790.500 verkauften Gasheizungen ein neuer Rekord erreicht und auch bei den

Ölheizungen verzeichnete die Branche mit 112.500 Einheiten eine Verdopplung.

Damit ist klar: das Gebäudeenergiegesetz – landläufig als Heizungsgesetz bekannt – wird in keiner Weise den damit verknüpften Erwartungen gerecht. Das passt zu den regierungsseitig prognostizierten CO₂-Einsparungen. Nachdem Robert Habeck zunächst keinerlei belastbare Aussagen zu möglichen Einsparungen treffen konnte, musste er diese später immer

weiter nach unten korrigieren. Am Ende sollen es um die 7 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr sein, wobei die schwachen Wärmepumpenverkäufe eine weitere drastische Abwertung bedeuten dürften.

Noch dramatischer wird das Delta, wenn man bedenkt, dass es die Grünen waren, die nach dem völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine und den damit ausbleibenden Energielieferungen aus Russland die Abschaltung der drei damals noch verbliebenen Kernkraftwerke erzwungen haben. Allein ihr Weiterbetrieb hätte 15 bis 20 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart. Stattdessen laufen heute mehr schmutzige Kohlekraftwerke denn je.

Mit gesundem Menschenverstand kann das nicht erklärt werden. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben immer davor gewarnt, dass die gesteckten Ziele illusorisch sind und das Gesetz unserem Land schaden wird. Zum einen, weil es nicht genügend Handwerker gibt. Zum anderen, weil die Wärmepumpe überhaupt nicht für den Großteil des Bestands geeignet ist. Drittens, weil die Kosten für

Grünemay & Abt
BÜROEINRICHTUNGEN
GRUENEMAY-ABT.DE

interstuhl

GERMAN INNOVATION

VINTAGE^{IS5}
WELTNEUHEIT

GERMAN DESIGN AWARD WINNER 2017

PRODUKTDESIGN: VOLKER EYSING

die Erneuerung in Verbindung mit weitreichenden Sanierungsmaßnahmen den zu erwartenden Ertrag in keiner Weise rechtfertigen und stattdessen Vermögen vernichten. Und viertens haben wir immer betont, dass dieses Gesetz nur Sinn macht, wenn die kommunale Wärmeplanung abgeschlossen ist und auch die Eigentümer Planungssicherheit haben.

Alle unsere Warnungen wurden genau wie die Mahnungen des Bundesverfassungsgerichts, das einem Eilantrag unseres Berliner Kollegen Thomas Heilmann MdB stattgegeben hat, von SPD, Grünen und FDP in den Wind geschossen und letztlich wurde ein unverändert unausgeglichenes Gesetz beschlossen. Dabei hatten bis zuletzt diverse Sachverständige in den Beratungen des Bundestags eindringlich verdeutlicht, dass das Heizungsgesetz der Ampel ein sozial ungerechtes und nicht praxistaugliches Regelwerk ohne bezifferbaren klimapolitischen Mehrwert ist.

Das Heizungsgesetz steht sinnbildlich für die Kopf-durch-die-Wand-Politik der Grünen. Es steht dafür, dass Parteiideologie bei den Grünen über dem Staatswohl steht. Es zeigt mir ganz persönlich, dass der Abstand für uns als Union in zwei Jahren zu den Grünen erheblich größer geworden ist. Und es ist einer der Gründe, warum die Verunsicherung bei Bürgern und Unternehmen umgekehrt proportional zum Vertrauen in diese Regierung steht.

Natürlich sind die Rahmenbedingungen schwierig angesichts diverser Konflikte,

gestörten Lieferketten und zunehmendem Protektionismus. Dass aber Deutschland das Schlusslicht unter den Industrieländern ist und in der Rezession feststeckt, ist maßgeblich auch das Ergebnis der verfehlten Ampel-Politik. Auch hier ist das Heizungsgesetz beispielgebend.

Eckpunkten folgte lange nichts als Streit. Selbst nach dem Beschluss des Gesetzes waren die Fördermodalitäten nicht abschließend geklärt. Den wichtigen sozialen Ausgleich durch ein Klimageld hat die Koalition längst auf die Nachfolgeregierung verschoben. Einzig und allein bei den Bürokratielasten ist das Gesetz spitze. Das Heizungsgesetz verursacht nach Einschätzung des Normenkontrollrates 9,2 Mrd. EUR Erfüllungsaufwand pro Jahr.

Deshalb sagen wir: Diese Bundesregierung selbst ist das größten Standortrisiko! Sie ist nicht in der Lage, eigene Widerstände zu überwinden und unser Land auf Kurs zu bringen. Sie muss so schnell wie möglich abgelöst werden. Genauso wie das Heizungsgesetz rückabgewickelt werden muss. Das haben wir uns zum Ziel gesetzt.

Natürlich stehen auch wir zum Ziel der Klimaneutralität bis 2045. Das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Der Weg dorthin muss aber effektiv und pragmatisch im Sinne der Bürger unseres Landes verlaufen.

Die Transformation unserer Gesellschaft muss marktwirtschaftlichen Prinzipien folgen. Das bietet die Gewähr, dass be-

grenzte Ressourcen effektiv allokiert werden. Dazu fordern wir eine konsequente CO2-Bepreisung aller Sektoren – vorzugsweise weltweit. Die eigentlichen Investitionsentscheidungen müssen unverändert von den Menschen getroffen werden. Sie können am besten entscheiden, wann und ob sich der Umstieg auf eine Wärmepumpe oder ein Elektroauto lohnt. So etwas darf nicht in Berlin entschieden werden.

Und wir sind überzeugt, dass wir nur erfolgreich sein werden, wenn wir die Herausforderungen unserer Zeit mit technologischen Innovationen lösen. Das ist seit Jahrtausenden das Erfolgsmodell der Menschheit. Für uns bedeutet das Technologieoffenheit und Wettbewerb um beste Lösungen. Wir schließen keine Form der Wärme- und Energiegewinnung aus. Auch über die Kernenergie und ihre Zukunftschancen wollen wir eine ehrliche Debatte unter heutigen Rahmenbedingungen führen. Der Weg der Grünen mit technologischer Verengung auf Elektroautos für die Mobilität, Wind- und Solarenergie für die Stromgewinnung und die Wärmepumpe zum Heizen ist gescheitert. Diesen Irrweg müssen wir so schnell als möglich umkehren, wenn wir Deutschland als führendes Industrieland erhalten und unsern Wohlstand sichern wollen. ■

Thorsten Frei MdB,
thorsten.frei.ma01@bundestag.de,
thorsten-frei.de



ELGO ELECTRONIC

LÖSUNGEN FÜR IHRE POSITIONIERAUFGABEN

MESSEN ▶ STEUERN ▶ POSITIONIEREN

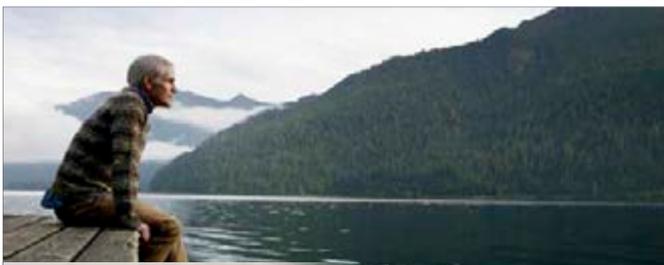
www.elgo.de

GEBÄUDEENERGIE

GEG - Auswirkungen für Immobilienbesitzer



RA Dr. Benjamin Riedel,
Fachanwalt für Miet- und
WEG-Recht



Freiheit heißt, ...

... Ideen keine Grenzen zu setzen.



Frei geplante Architektenhäuser. Für Menschen, die ihren eigenen Weg gehen. Vor allem wenn es um die Gestaltung ihres Zuhauses geht.

weberhaus.de



WeberHaus
Die Zukunft leben

Das am 01.01.2024 in Kraft getretene Gebäudeenergiegesetz (GEG) hat weitreichende Auswirkungen für Immobilienbesitzer.

Ab dem 01.01.2024 dürfen in Neubauten in Neubaugebieten nur noch Heizungen installiert werden, die zu 65 Prozent auf erneuerbaren Energien basieren. Für bestehende Gebäude und Neubauten in Baulücken gibt es längere Übergangsfristen. Nach dem 30.06.2026 in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern und nach dem 30.06.2028 in kleineren Städten wird der Einbau entsprechender Heizungen verbindlich.

Für den Umstieg auf eine solche Heizung kommen derzeit etwa

- der Anschluss an ein Wärmenetz,
- eine elektrische Wärmepumpe,
- eine Stromdirektheizung,
- eine solarthermische Anlage,
- eine Heizungsanlage zur Nutzung von Biomasse oder grünem oder blauem Wasserstoff einschließlich daraus hergestellter Derivate,
- eine Wärmepumpen-Hybridheizung oder eine Solarthermie-Hybridheizung



an. Bei Gewerberaummietverhältnissen ist eine Mietanpassung nur aufgrund von mietvertraglichen Regelungen möglich.

Die Einhaltung des GEG ist auch beim Vorliegen von Wohnungseigentum relevant. Soweit eine Wohnungseigentümergeinschaft Pflichten aus dem GEG zu erfüllen hat, ist der Verwalter angehalten, die für die Umsetzung dieser Pflichten erforderlichen Beschlüsse vorzubereiten. Schwierig wird es jedoch, wenn es in der Wohnungseigentümergeinschaft keinen Verwalter gibt.

Im Übrigen handelt es sich bei der Reparatur oder dem Austausch einer defekten Heizung grundsätzlich um eine Erhaltungsmaßnahme, die als solche unproblematisch beschlossen werden kann. Ebenso kann jedoch auch die Umstellung auf eine Wärmepumpe beschlossen werden. Wegen der durchaus komplexen Kostenregelungen des neuen WEGs (Wohnungseigentumsgesetz) sollten einschlägige Beschlussfassungen zudem auch die Kostenverteilung regeln.

Im Ergebnis ergibt sich somit aus den durch das GEG eingeführten Änderungen ein erheblicher Regelungs- und Beratungsbedarf. ■

RA Dr. Benjamin Riedel,
ukm@sonntag-partner.de,
sonntag-partner.de

in Betracht. Für bestehende Gebäude sind mit einer Biomasseheizung oder einer Gasheizung, die mindestens zu 65 Prozent Biomethan, biogenes Flüssiggas oder Wasserstoff nutzt, weitere Optionen vorgesehen.

Eine Pflicht, funktionierende Heizungen auszutauschen, sieht das GEG allerdings nicht vor. Eine Reparatur ist zulässig. Bei irreparablen Defekten sieht das Gesetz mehrjährige Übergangsfristen vor. In Härtefällen können Eigentümer von der Pflicht zum Heizen mit Erneuerbaren Energien überdies befreit werden.

Die zum 01.01.2024 in Kraft getretenen Änderungen des GEG wirken sich auch auf das deutsche Mietrecht aus. Die von den Mietern zu duldenen Modernisierungsmaßnahmen umfassen einerseits den Einbau oder die Aufstellung einer (neuen) Heizungsanlage, die zu mindestens 65% mit erneuerbaren Energien betrieben wird, und andererseits bauliche Änderungen, die nur zu einer Einsparung von nicht erneuerbarer Primärenergie wie Kohle, Öl oder Gas führen.

Nach § 559 BGB kann die jährliche Miete um 8% der für die Wohnung aufgewendeten Modernisierungskosten – 100% bei einer Jahresarbeitszahl von 2,5, sonst 50% – erhöht werden, wenn durch die Modernisierungsmaßnahme in Bezug auf die Mietsache Endenergie nachhaltig eingespart wird oder durch den Einbau der neuen Heizungsanlage die Anforderungen des GEG erfüllt werden. In geeigneten Fällen bietet sich auch ein sog. vereinfachtes Mieterhöhungsverfahren mit geringerem Verwaltungsaufwand durch eine pauschalierte Mietanpassung

Z . B . F O R M E L 1

WIR FAHREN MIT UM PLATZ 1

Dichtungen
für höchste
Anforderungen
und extreme
Betriebs-
bedingungen



GFD · Gesellschaft für Dichtungstechnik mbH
Hofwiesenstr. 7 · D-74336 Brackenheim
Telefon (0 71 35) 95 11-0 · Fax 95 11-11
info@gfd-dichtungen.de · www.gfd-dichtungen.de

© web.Bruder



Herausforderung Energiewende

**Planungssicherheit, Technologieoffenheit und
Transparenz contra Ideologie und übereilten Aktionen**

Die Energiewende gehört unbestritten zu den größten Herausforderungen der Gegenwart. Es geht um nicht mehr oder weniger als den Umbau der gesamten Energie- und Wärmeversorgung des Landes. Die Ziele stehen fest: Deutschland hat sich verpflichtet bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden und damit der fossilen Energieerzeugung endgültig den Rücken zu kehren. Auf dem Weg dahin soll unser Stromverbrauch bis zum Jahr

2030 zu mindestens 80 Prozent klimaneutral erzeugt werden. Im Vergleich zu 2021 bedeutet das eine Verdopplung des Anteils Erneuerbarer Energien und einer Verdreifachung der Ausbaugeschwindigkeit [bundesregierung.de]. Im Bereich der häuslichen Wärmeversorgung wurde durch die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), das am 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist, der Fahrplan für den Umbau auf Erneuerbare Energien fest-

gelegt. Und tatsächlich besteht in diesem Sektor enormer Handlungsbedarf, da zzt. in Deutschland noch etwa 3/4 der Heizungen mit Gas oder Öl betrieben werden [BMWK, BMWWSB]. Mit dem Gebäudeenergiegesetz soll insbesondere der Umstieg auf klimafreundliche Heizungen vorangetrieben werden. Dabei zielt das Gesetz auf Wohngebäude und Nichtwohngebäude gleichermaßen ab. In Neubauten innerhalb von Neubau-



Felix Gläser, Anlagenmechaniker Sanitär, Heizung und Klimatechnik



Alexis Gula, Präsident des Bundesverbandes des Schornsteinfegerhandwerks

gebieten dürfen seit Anfang dieses Jahres nur noch Heizungen eingebaut werden, die mindestens 65 Prozent Erneuerbare Energien nutzen. Um eine bessere Abstimmung der Entscheidung zur neuen klimafreundlichen Heizung mit der örtlichen Wärmeplanung abstimmen zu können, gelten für den Gebäudebestand und für Neubauten in Baulücken längere Übergangsfristen. So greift in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern die 65 Prozent-Erneuerbarer-Energien-Regel erst nach dem 30. Juni 2026 und in Städten mit geringerer Einwohnerzahl erst nach dem 30. Juni 2028. Sollte bis zu diesen Stichtagen jedoch eine Ausweisung als Gebiet zum Neu- oder Ausbau eines Wärmenetzes oder zum Wasserstoffnetzausbauggebiet auf der Grundlage eines Wärmeplans erfolgen, erlischt die Übergangsfrist ab diesem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausweisung. Soll während der Übergangszeit eine neue Öl- oder Gasheizung eingebaut werden, muss diese Heizungsanlage bereits ab 2029 steigende Anteile von Erneuerbaren Energien nutzen. Für den Bestand fossiler Heizungsanlagen gilt, dass diese Anlagen weiter betrieben und kaputte Heizungen auch repariert werden können. Es besteht keine grundsätzliche Austauschverpflichtung. Lässt sich allerdings eine kaputte Öl- oder Gasheizung nicht mehr reparieren, muss sie aber nach mehrjährigen Übergangsfristen gegen eine neue Heizungsanlage ausgetauscht werden, die die Anforderungen

zur Nutzung von 65 Prozent Erneuerbarer Energien einhält. Die Betreiber einer bestehenden Öl- oder Gasheizung sehen sich mit dem novellierten GEG einem Wust von Regelungen und Vorschriften ausgeliefert, den selbst Fachleute schwer überblicken können. Nicht umsonst hat dieses Gesetz für Irritationen und Widerstand in der Bevölkerung gesorgt. Der Austausch einer Heizungsanlage ist schließlich mit großen Investitionen verbunden und je nachdem welche Technik verbaut werden soll, ist auch eine energetische Sanierung des gesamten Gebäudes Voraussetzung dafür, dass die Heizungsanlage wirtschaftlich arbeiten kann. Hinzu kommt, dass diese Investitionsentscheidung langfristig getroffen wird. So ging man bisher von einer durchschnittlichen Laufzeit von 15 bis 20 Jahren aus. Zwar ist im Gebäudeenergiegesetz ab dem 1. Januar 2024 zum Schutz vor Fehlentscheidungen eine Beratung durch eine fachkundige Person verpflichtend vorgeschrieben, dennoch sind kurz vor Inkrafttreten des Gesetzes noch massenhaft Öl- und Gasheizungen verbaut worden. Die Irritationen und der Widerstand der Bevölkerung gegen das Gebäudeenergiegesetz werden insbesondere durch die scheinbare Alternativlosigkeit bei der Auswahl einer neuen Heizungsanlage gefördert. Zwar sind neben der Wahl der elektrischen Wärmepumpe auch andere technische Lösungen wie ein Fernwärmeanschluss, eine hybride Heizung, eine Stromdirektheizung,

eine Biomasseheizung oder eine Gasheizung mit erneuerbaren Brennstoffen möglich, doch bei genauem Hinsehen, ist dies entweder mit enormen Kosten verbunden oder scheitert an nicht erfüllbaren Randbedingungen. So hat sich in der Bevölkerung die Befürchtung manifestiert, dass praktisch nur die elektrische Wärmepumpe als neue GEG-konforme Heizungsanlage der Zukunft möglich ist. Eine Einschränkung auf nur eine Technologie, die zu Unmut und Widerstand führte und eine Welle von Kurzschluss handlungen beim Heizungstausch auslöste. Die elektrische Wärmepumpe ist in der Tat eine hervorragende technische Lösung und unter der Voraussetzung regenerativer Stromerzeugung auch klimaneutral. Sie ist aber nicht die Lösung für jeden Anwendungsfall und ein gutes Beispiel dafür, dass es keine Patentlösung gibt und nur individuelle Lösungen zielführend sind. Denn je nach Gebäudeart und Lage ist ein wirtschaftlicher Betrieb einer Wärmepumpe nicht möglich. Die bedenklichen Entwicklungen rund um das Gebäudeenergiegesetz lassen sich auch auf die Energiewende insgesamt übertragen. Dass die gesteckten Ziele der Klimaneutralität erreicht werden müssen, ist unbestritten, aber sie können nur erreicht werden, wenn die Bevölkerung mitgenommen wird. Dazu müssen die durchgeführten Maßnahmen nachvollziehbar und verständlich sein, müssen die festgelegten Regelungen und Gesetze transparent und die angebotenen Lösungen technologieoffen und den individuellen Bedürfnissen angepasst sein. Transparenz und Technologieoffenheit erhöhen auch die Planungssicherheit für die Industrie und bieten Spielraum für neue technische Entwicklungen. Die Innovationskraft der Wirtschaft darf nicht durch zu eng festgezurrte Regelungen oder ideologisch motivierte Vorbehalte gebremst werden, sonst werden die Ziele der Energiewende nicht erreicht werden können. ■

Alexis Gula,
info@schornsteinfeger-gula.de

Felix Gläser,
Felixglaeser.shk@gmail.com

Bundesförderung für effiziente Gebäude aus Sicht der Pr



Dietmar Zahn, ehem. Referatsleiter Technik und ehem. Geschäftsführer des Fachverbandes Sanitär-Heizung-Klima Baden-Württemberg

kammerer[®]
Kompetenz in Gewindetechnik

**Kammerer
Gewindetechnik
GmbH**
In der Hausmatte 3
D-78132 Hornberg-
Niederwasser
Tel. 0 78 33 - 96 03-0

www.kammerer-gewinde.com

The complex block features a background image of various metal threaded components. The Kammerer logo is prominently displayed in the upper left, and the company name and contact information are listed in the lower right.

Die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) startete am 1. Januar 2021 und löste das Förderprogramm des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) „Heizen mit erneuerbarer Energie“ ab. Mit der aktuellen Änderung der BEG-Einzelmaßnahmen zum 1. Januar 2024 wurde die Förderkulisse auf die Anforderungen des ebenfalls neu gefassten Gebäudeenergiegesetzes angepasst. Dabei wurden die Fördersätze angehoben und neue Förderkriterien eingeführt. Gleichzeitig wurde die maximale Höhe der förderfähigen Ausgaben für die Heizungsanierung erheblich reduziert. Außerdem ist für die Förderung nun die KfW zuständig.

Wer eine klimafreundliche Heizung einbaut, erhält eine Grundförderung von 30 Prozent, einen Klima-Geschwindigkeits-Bonus von derzeit 20 Prozent und – wenn die Voraussetzungen vorliegen – einen Einkommens-Bonus von 30 Prozent. Den Geschwindigkeits- und den Einkommens-Bonus erhalten nur Eigentümer, die selbst im Gebäude wohnen.

Will man eine Biomasse-Heizungsanlage einbauen, also etwa eine Holzpellet-Heizung, muss man zusätzlich eine Solaranlage oder eine Wärmepumpe für die Warmwasserbereitung installieren, um den Klima-Geschwindigkeits-Bonus zu erhalten. Das soll den Holzverbrauch im Sommer reduzieren.

ziente aktiker

Die Höhe der maximal förderfähigen Ausgaben beträgt in der ersten Wohneinheit 30.000 Euro, in der 2.- 6. Wohneinheit 15.000 Euro und ab der 7. Wohneinheit 8.000 Euro. Bei Nichtwohngebäuden ist die maximale Förderhöhe von der Nettogrundfläche abhängig.

Wie sich die Förderung berechnet, soll das Beispiel einer Luft-Wasser-Wärmepumpe mit natürlichen Kältemittel in einem Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung zeigen. Der Eigentümer wohnt selbst im Haus, die Einbaukosten für die Wärmepumpe liegen bei 45.000 Euro. Zunächst ist die Höhe der förderfähigen Ausgaben zu bestimmen. In diesem Fall handelt es sich um zwei Wohneinheiten. Die maximale Förderhöhe beträgt 30.000 Euro + 15.000 Euro = 45.000 Euro. Dieser Betrag wird auf die Wohneinheiten gleichmäßig verteilt. In diesem Beispiel sind dies 22.500 Euro pro Wohneinheit.

Mit welcher Förderung ist zu rechnen?

Grundförderung, 30 Prozent von 45.000 Euro =	13.500 Euro
Klima-Geschwindigkeits-Bonus, 20 Prozent von 22.500 Euro =	4.500 Euro
Effizienz-Bonus, 5 Prozent von 45.000 Euro =	2.250 Euro

In diesem Beispiel wird der Einbau der Wärmepumpe mit 20.250 Euro gefördert.

Für die Umsetzung der neuen Förderung über die KfW gilt eine Übergangsregelung bis zum 31. August 2024. In dieser Zeit können die Heizungsanlagen zur Nutzung mit erneuerbaren Energien saniert und der Förderantrag nachträglich bis zum 30. November 2024 gestellt werden. Dies muss der Eigentümer selbst tun. Seit Ende Februar ist die Antragstellung für Besitzer von Ein- und Zweifamilienhäusern freigeschaltet. In der Regel erhält man digital eine schnelle Rückmeldung. ■

Dietmar Zahn,
info@fvshkbw.de,
fvshkbw.de


KÄCHELE
VIBRASTOP
FLEXIBILITY FOR YOUR SUCCESS



Kächele produziert eine Vielzahl von **Gummiformteilen** und **Gummi-Metall-Verbindungen** in fast jeder Formgebung und Ausführung.

Kächele Produkte finden Einsatz in vielen Bereichen von der Automobil- über die Baumaschinen- und Druckindustrie bis hin zur Pumpenindustrie.

Kächele bietet Ihnen alles aus einer Hand:

- Entwicklung der Teile
- Eigener Werkzeugbau
- Mischungsentwicklung und -herstellung
- Modernste Teileproduktion

Wilhelm Kächele GmbH
Elastomertechnik
Jahnstrasse 9, D - 73235 Weilheim/Teck
Tel. +49 (0)7023 103-0, Fax +49 (0)7023 103-188
www.w-kaechele.de, vibrastop@w-kaechele.de



Einsatz von Wärmepumpen – Fakten statt Mythen



Jörg Knapp, Referatsleiter Fachverband Sanitär-Heizung-Klima Baden-Württemberg

Nach wie vor kursieren zur Planung, dem Einbau und dem Betrieb von Wärmepumpen zahlreiche falsche Aussagen. Um den Nutzen dieser Heizungstechnologie nüchtern zu be-

werten, ist daher zu klären, was stimmt und was nicht.

So wird zum Beispiel behauptet, mit einer Wärmepumpe könne man einen Altbau nicht beheizen. Mehrere Feldstudien haben aber bewiesen, dass man mit Wärmepumpen Bestandsgebäude beheizen kann. Die neueste Generation von Wärmepumpen verfügt über eine noch einmal deutlich gesteigerte Effizienz. Maßgebend für einen effizienten Betrieb einer Wärmepumpe ist, dass die maximal benötigte Vorlauftemperatur für das Heizungssystem unter 55° C liegt. Darunter versteht man die Temperatur, mit der das Wasser für den Heizkreislauf den Wärmeerzeuger verlässt.

Wärme zu versorgen. In diesem Fall sollte das bestehende Heizungssystem hydraulisch abgeglichen werden, das heißt, die gesamte Heizungsanlage optimal eingestellt und aufeinander abgestimmt sein. Zudem sollte die Vorlauftemperatur unter 55°C liegen. Nur so lassen sich die Effizienz hoch und damit der Stromverbrauch niedrig halten.

Auch hört man häufig die Behauptung, eine Wärmepumpe könne nur in Verbindung mit einer Fußbodenheizung behagliche Raumtemperaturen erreichen. Flächenheizungen mit Vorlauftemperaturen von 40°C und weniger sind beim Einsatz einer Wärmepumpe gegenüber klassischen Heizkörpern als Wärmeüberträger im Vorteil. Denn grundsätzlich gilt für einen effizienten Betrieb: Je weniger die Wärmepumpe die Temperatur anheben muss, desto weniger Strom verbraucht sie auch. Doch eine Wärmepumpe ist auch in der Lage, ein mit Heizkörpern ausgestattetes Gebäude ausreichend mit

Eine weitere Behauptung lautet, man müsse erst das Gebäude dämmen, bevor eine Wärmepumpe eingesetzt werden kann. Grundsätzlich kommt es der Heizungsanlage zugute, wenn das Gebäude möglichst wenig Wärme verliert, also eine geringe Heizlast aufweist. Diese Wahrheit gilt unabhängig davon, wie ich die Heizwärme erzeuge. Um eine hohe Effizienz des Wärmeerzeugungssystems zu erhalten, hat es daher Sinn, sich als Hausbesitzer grundsätzlich zu überlegen, die Gebäudehülle zu sanieren. Aber um eine Wärmepumpe sinnvoll einsetzen zu können, ist eine Dämmung nicht zwingend erforderlich.

Hitzefrei!



Liquisol 

Diese speziell entwickelte Flüssigkeit ist der ideale Sonnenschutz auf Kunststoffoberflächen, wie z. B. **Lichtkuppeln, Pergola- oder Wintergardendächern, Lichtbänder oder auf rauen Glasoberflächen**. Wie bei unseren Sonnenschutzfolien wird auch mit Liquisol ein effektiver Hitze- und Blendschutz erzielt.

Weitere Informationen unter:
www.audax-hitzeschutz.de

AUDAX AUDAX-Keck GmbH
75365 Calw
Tel. 0 70 51/16 25-0

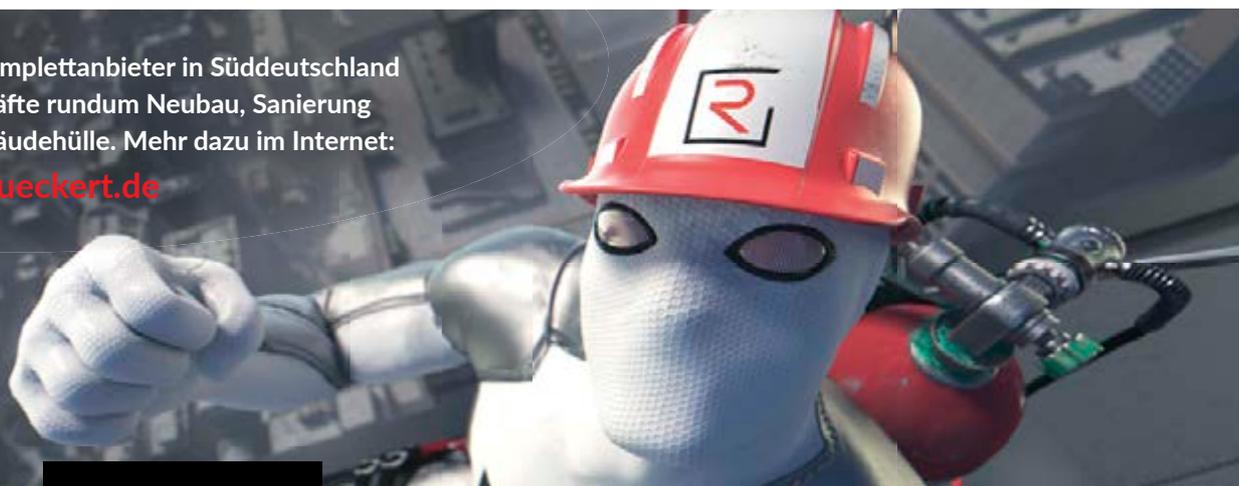
Eine weitere Behauptung beschäftigt bereits erste Gerichte: Wärmepumpen seien viel zu laut. Wer eine Wärmepumpe aufstellt, muss klare gesetzliche Vorgaben einhalten. So regelt die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm), welche Lärmemissionen von Luft-Wasser-Wärmepumpen zulässig sind. Werden diese Vorgaben beachtet, wird es definitiv nicht zu laut. Zudem weisen heute verbauten Wärmepumpen deutlich niedrigere Schalleistungspegel auf, als ältere Modelle. Wichtig ist, wie bei allen Heizungsanlagen, dass nicht an der falschen Stelle gespart, also in eine ausführliche Planung investiert wird. Wer weitere Mythen gerne durch Fakten ersetzen möchte, dem ist der Weg zum Innungsfachbetrieb Sanitär-Heizung-Klima zu empfehlen. Dort finden Sie die Experten, die Sie gerne beraten. ■

Jörg Knapp,
info@fvshkbw.de,
fvshkbw.de



Als einer der großen Komplettanbieter in Süddeutschland entwickeln wir Superkräfte rundum Neubau, Sanierung und Wartung Ihrer Gebäudehülle. Mehr dazu im Internet:

www.gebrueder-rueckert.de



**FLACHDACH. FASSADE.
PHOTOVOLTAIK. FANTASTISCH.**



GEBRÜDER RÜCKERT

Gebrüder Rückert GmbH & Co. KG ■ 78559 Gosheim

Nein zu Zwang, ja zu Anreiz



Prof. Dr. Wolfgang Reinhart Mdl

Der Umwelt Wärme entziehen und sie einem Gebäude als Heizenergie zuzuführen – diese Methode, die man früher in umgekehrter Form nur von Kühlschränken kannte, hat sich mit der Wärmepumpe zu einem umweltfreundlichen Heizsystem der Zukunft herauskristallisiert. Die Wärmepumpe

ist damit ihrerseits selbst der beste Beweis dafür, dass eine Wärme- und Energiewende nur mit Technologie- und Innovationsoffenheit, frei von Denkverboten und Zwang gelingen kann.

Zur Realität gehört nämlich, dass eine Wärmepumpe nicht für jede Art von Alt-

bauten – die für gewöhnlich auch über keine Fußbodenheizungen verfügen – geeignet, geschweige denn rentabel ist. Vor dem Hintergrund ist es an sich auch sachgerecht, dass das neue Gebäudeenergiegesetz (GEG) verschiedene Optionen einräumt, um die Vorgabe zu erfüllen, wonach grundsätzlich neu installierte Heizungen 65 Prozent Erneuerbare Energie nutzen müssen. Eine pauschale Erfüllungsoption ist hierbei u.a. der Anschluss an ein kommunales Wärmenetz. Das GEG koppelt deshalb die 65-Prozent-EE-Vorgabe an die Fristen, die für die Erstellung kommunaler

STAHLBAU
INDUSTRIEBAU
GEWERBEBAU

**IDEEN
IN STAHL**

Friedrich Bühler GmbH & Co. KG
info@buehler-stahlbau.de
www.buehler-stahlbau.de

BÜHLER
STAHLBAU



➤ Ihr Partner für individuelle Lösungen
im Industrie- und Gewerbebau.

Wärmepläne gelten. So gilt nach dem bundesrechtlichen Rahmen, dass in Städten mit über 100.000 Einwohnern bis 30. Juni 2026 und in den übrigen Kommunen bis 30.06.2028 ein Wärmeplan vorliegen muss.

Kritikwürdig daran ist allerdings die Fiktionsregel des §71 Abs.8 GEG. Demnach werden Gemeindegebiete, in denen nach dem 30. Juni 2026 bzw. 30. Juni 2028 kein Wärmeplan vorliegt, so behandelt, als wenn ein solcher vorläge. Gelingt es der Kommune somit – aus welchen Gründen auch immer – nicht, den Plan rechtzeitig zu erarbeiten, so haben die Bürgerinnen und Bürger im jeweiligen Gemeindegebiet das Nachsehen. Besteht nämlich für die Betroffenen keine Anschlussoption an ein Wärmenetz, das die rechtlichen Anforderungen erfüllt, so wird für viele Eigentümer, die im Sinne eines sparsamen Flächenverbrauchs anstelle eines Neubaus ein Fachwerkhäuser, ein umgebautes landwirtschaftliches Gebäude oder sonstige Altbauten zu Wohnzwecken nutzen, nur noch der Ausweg über eine für ihr Gebäude unpassende und unwirtschaftliche Heizungsart offenbleiben. Ob damit ein positiver Klimaeffekt einhergeht, der uns bei der Bewältigung des Klimawandels und damit einem globalen, weltweiten Problem weiterbringt, ist nochmals eine ganz andere Frage.

Hinzu kommt, dass die 65-Prozent-EE-Vorgabe ihrerseits nur dann erfüllbar sein wird, wenn auch genug Erneuerbare Energie vorhanden ist. Dies setzt nicht nur voraus, dass es ausreichend Windkraft- und PV-Anlagen gibt, sondern dass die dadurch erzeugte Erneuerbare Energie auch in die Stromnetze eingespeist werden kann. Beispiele aus dem Main-Tauber-Kreis, dem landesweiten Spitzenreiter in Sachen regenerativer Energie in Baden-Württemberg mit rund 150 Windrädern in Betrieb, zeigen, dass es an den Netzkapazitäten aber oftmals noch fehlt und teils gar großflächige PV-Anlagen schon vorhanden sind, deren Strom aber erst in einigen Jahren nutzbar sein wird. Eine weitere Herausforderung ist, dass es auch nach Ablauf der Fristen des GEG noch Tage geben wird, an denen es windstill und bewölkt sein wird. Erneuerbare

Energie wird dann nicht tagesfrisch aus der Leitung sprudeln, sondern nur in gespeicherter Form vorhanden sein. Die Zukunft heißt deshalb ergänzend auch Wasserstoff. Allerdings ist auch hier noch Vieles in der Erprobung und entsprechende Leitungsinfrastrukturen wird es bis zur Deadline 2028 noch nicht geben. Die Schaffung einer solchen ist aber unabdingbar und darf nicht vernachlässigt werden.

Der Bundesregierung ist es damit zwar gelungen, umfassende Zielvorgaben zu postulieren. Der konkrete Pfad der Umsetzung bleibt aber weiterhin bruchstückhaft und unausgegoren. Einen etwas anderen Weg geht hier das Land Baden-Württemberg. Nach §27 Abs.3 KlimaG BW hatten Stadtkreise und große Kreisstädte bereits bis 31.12.2023 einen kommunalen Wärmeplan dem zuständigen Regierungspräsidium vorzulegen. Ohne dass dabei irgendwelche Fiktions- oder Sanktionsregeln galten, haben diese Vorgabe rund 60 Prozent

der betroffenen Städte im Land erfüllt – und das somit einen Tag früher, als überhaupt das neue GEG des Bundes am 01.01.2024 in Kraft getreten ist. Dies zeigt, dass nicht immer mit Zwang und Verboten operiert werden muss. Vielmehr wird deutlich, dass die Energie- und Wärmewende nur im Schulterchluss mit Ländern, Kommunen und Bürgern gelingen kann und dass dies Akzeptanz und Veränderungsbereitschaft aller Beteiligten voraussetzt, was besser durch ein innovationsfreundliches, marktwirtschaftliches Anreizsystem gesteigert werden kann und weniger dadurch, dass Pflicht- und Zwangsvorgaben bis in den letzten Keller der Republik durchreguliert werden. Statt eines Papiertigers mit tausenden Vorschriften wäre es besser, einfach mal zu machen! ■

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL,
wolfgang.reinhart@cdu.landtag-bw.de

Ganz fein.
Naturstein – made in Italy.

ASTON MARTIN

Zu bewundern im Aston Martin Brand Store in Stuttgart. Pietra di Vicenza, Naturstein aus Italien.
Oder bei Häcker. *An jedem ersten Sonntag* des Monats von 11:00 – 17:00 Uhr. Herzlich willkommen in der Leonberger Straße 74 in 71287 Weissach
Telefon 07044 90090 | www.haecker-stein.de

Häcker

FLIESEN & NATURSTEIN

Scheitern nach Plan

Was das GEG mit dem Realsozialismus verbindet



Zsolt Pekker, Inhaber des Redaktionsbüros Klar-
text: von Pekker!

Die Neufassung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) umfasst 98 Paragraphen auf 66 Seiten, plus Anlagen. Von der „Aperturfläche“ bis zum „zweiseitig angebauten Wohngebäude“ wird darin bis ins kleinste Detail definiert und vorgegeben. Der gesamte Text ist durchtränkt vom Geist der Planwirtschaft, die bekanntlich grandios gescheitert ist. Das hatte prinzipielle Gründe, die auch für dieses Gesetz und seine Folgen gelten. Das historische Beispiel heißt nichts Gutes.

Um den Sozialismus zu verwirklichen, wollten Marx und Lenin die Marktwirtschaft durch etwas viel Besseres ersetzen. Statt der „unsichtbaren Hand“ sollten die Güter von einer zentralen

Verwaltung verteilt werden. In der sozialistischen Planwirtschaft würden die klügsten Köpfe genau berechnen, wie die Rohstoffe zur Verarbeitung und die Waren zu den Verbrauchern gelangen. Ganz ohne Gewinnstreben und natürlich mit höchster Effizienz.

Wie dieses Experiment ausging, wissen wir spätestens seit dem Untergang der Sowjetunion. Doch woran genau ist die Planwirtschaft eigentlich gescheitert? Als Gründe werden unter anderem ungenügende Daten, Bürokratismus, mangelnde Flexibilität, unvermeidliche Korruption, fehlende Anreize und die fortbestehende Konkurrenz des doch nicht untergegangenen Kapitalismus genannt.

100.000 Jahre rechnen

Alle diese Aspekte haben eine Rolle gespielt, doch es gab zwei grundsätzliche, quasi physische Ursachen. Die eine war schlicht fehlende Rechenkapazität. Bricht



man eine Volkswirtschaft auf alle Teilprozesse bis zur Herstellung der kleinsten Schraube herunter, erweist sie sich als ziemlich komplexe Angelegenheit, die Trillionen von Rechenoperationen benötigt. Brauchbare Computer kamen aber erst auf, als die sozialistische Planwirtschaft schon ziemlich am Ende war. Das hat einige „kapitalismuskritische“ Ökonomen zu einem Revival-Versuch veranlasst: Mithilfe moderner Superrechner könne man den Markt durch zentrale Verwaltung ersetzen, die Güter gerecht verteilen und eine nachhaltige, ökologische Wirtschaft erschaffen. Doch auch dieser schöne Gedanke zerschellt an der Realität, wie zwei US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler überzeugend beweisen.

Die Berechnung aller nötigen Distributionsprozesse der Weltwirtschaft für einen gegebenen Moment würde selbst mit dem schnellsten Supercomputer über hunderttausend Jahre dauern. Nebenbei würde dieser Vorgang – auf den einen Moment bezogen – ein Mehrfaches der weltweit verfügbaren Energie verschlingen. Der Planungsaufwand wäre gigantisch und umweltschädlich, sie könnten ihr Ziel dennoch nie erreichen.

Paragrah zur Füllstandsprüfung

Der zweite Kernfaktor beim Scheitern der Planwirtschaft hängt indirekt mit dem ersten zusammen: Auch der beste Computer und die neueste KI sind nicht zur kreativen Garagentüftelei eines Steve Jobs oder eines Tuttlinger Chirurgiemechanikers fähig. Die spontane Innovation bleibt auf absehbare Zeit dem menschlichen Genie vorbehalten und zugleich unvorhersehbar. Die sozialistische Planung hat nicht nur die sinnvolle Verteilung der Güter verhindert, sondern auch praktisch jede Innovation erstickt. Aber was hat das alles mit dem GEG zu tun? Das wird schnell klar, wenn man sich nur ansatzweise in die 98 Paragraphen und die umfangreichen Anlagen des Gesetzes vertieft. Bis zur „Prüfung des Füllstandes des Kältemittelkreislaufs“ in der Wärmepumpe ist dort alles bis ins kleinste Detail geregelt. Die rotgrüne Politik ignoriert sowohl das totale historische Scheitern der Planwirtschaft als auch die sichtbaren Nebenwirkungen ihres „kapitalismuskritischen“ Ansatzes. Nicht nur hier setzt sie unbeirrt auf minutiös getakteten, zentralen Dirigismus.

Vorgaben blockieren Energiewende

Dabei könnte der Supercomputer, der für die Weltwirtschaft zu langsam ist, für die GEG-Kalkulation vielleicht sogar ausreichen. Natürlich nur theoretisch, für einen gegebenen Moment und solange keine Innovation dazwischenkommt. Die zuständigen Behörden verfügen jedoch weder über eine solche Maschine noch über genügend Daten, um das CO₂-neutrale Mikromanagement des deutschen Gebäudebestands durchzurechnen. Dafür muss nun die „Rechenkapazität“ von Planern und Technikern erhalten. Die Fachleute für Gebäudeenergie verwenden seit dem 1. Januar viel Zeit darauf, sich intensiv mit starren und detaillierten Regierungsvorgaben zu beschäftigen. Während sie das tun, können sie nicht nach der technisch optimalen Lösung suchen, sie können keine Innovationen hervorbringen und keinen Mehrwert schaffen. Ihre wertvollen Fähigkeiten werden nicht nur volkswirtschaftlich verschwendet, sondern können auch viel weniger zur Energiewende beitragen als eigentlich möglich wäre. Zugleich blockiert das GEG den stärksten Erfolgsfaktor für jeden Wandel: die Flexibilität der Marktwirtschaft. Es wird wohl die Aufgabe der nächsten Regierung sein, diese Kraft zu mobilisieren und eine funktionierende Energiewende einzuleiten. ■

Zsolt Pekker,
pekker@pekker.de,
pekker.de

CLAUS
GEBÄUDEREINIGUNG
Meisterbetrieb seit 1947

SAUBER geht's besser!

 Bau-Reinigung	 Fassaden-Reinigung	 Glas-Reinigung	 Unterhalts-Reinigung	 Jalousien-Reinigung
 Schwimmbad-Reinigung	 Kehrwochen-Reinigung	 Teppichboden-Reinigung	 Winterdienste / Parkflächenreinigung	 Reinigung Photovoltaik- und Solaranlagen

Claus Gebäudereinigung GmbH & Co. KG · Vaihinger Str. 31 · 71063 Sindelfingen
Tel.: 07031-814792 · info@claus-gebaeudereinigung.de · www.claus-gebaeudereinigung.de

MIT-Spektakel im Göppinger Stauferwald am Vorabend des Wahltags im Juni 2024



Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion im Kreis Göppingen bereitet für den Vorabend zur Europa- und Kommunalwahl 2024 ein großes MIT-Spektakel im Göppinger Stauferwald vor. Die Veranstaltung soll die landesweit größte Unternehmer-Party werden, auf der die Kandidaten für die Parlamente durch „unseren Rückenwind in den Wahltag getragen werden sollen“, so MIT-Kreisvorsitzender Ralf Semmler.

Das Ambiente ist rustikal, die Umgebung einzigartig und das Programm vielfältig:

Die MIT im Kreis Göppingen will die Wahlkämpfer in den baden-württembergischen Wahlkreisen am 8. Juni 2024, dem Abend vor dem Wahltag, nicht alleine lassen und lädt deshalb ab 17.30 Uhr zum MIT-Spektakel in den Stauferwald beim Stauferpark in Göppingen ein. Dort, wo wenige Tage zuvor das Mittelalterspektakel stattfindet, soll es am Vorabend der Wahl nochmals zünftig hergehen. MIT-Kreisvorsitzender Ralf Semmler hofft, dass viele Mittelständler aus dem Land an diesem Abend den Weg

nach Göppingen finden, um gemeinsam auf den beendeten Wahlkampf zurückblicken, über Ergebnisse zu orakeln, Perspektiven zu diskutieren, Ideen zu entwickeln oder um Kraft für neue Aufgaben zu tanken.

Am Rande des geschichtsträchtigen Stauferwaldes – hier sollte ein militärisches Übungsgelände für die seinerzeit in Göppingen stationierten Amerikaner entstehen – soll in zünftigem Ambiente ein Abend lang gefeiert werden. „Für Speis und Trank ist ebenso gesorgt wie für musikalische Unterhaltung und die ein oder andere Überraschung“, verspricht Vorsitzender Ralf Semmler und hofft, dass das Göppinger MIT-Spektakel am 8. Juni Gleichgesinnte aus allen Ecken des Landes anlockt. Anmeldungen sind ab sofort online möglich unter <https://mit-gp.de/mit-spektakel/>. Der Eintritt kostet 30 Euro.

In Zusammenhang mit dem MIT-Spektakel steht der Wunsch der Göppinger Mittelständler, möglichst viele Unter-

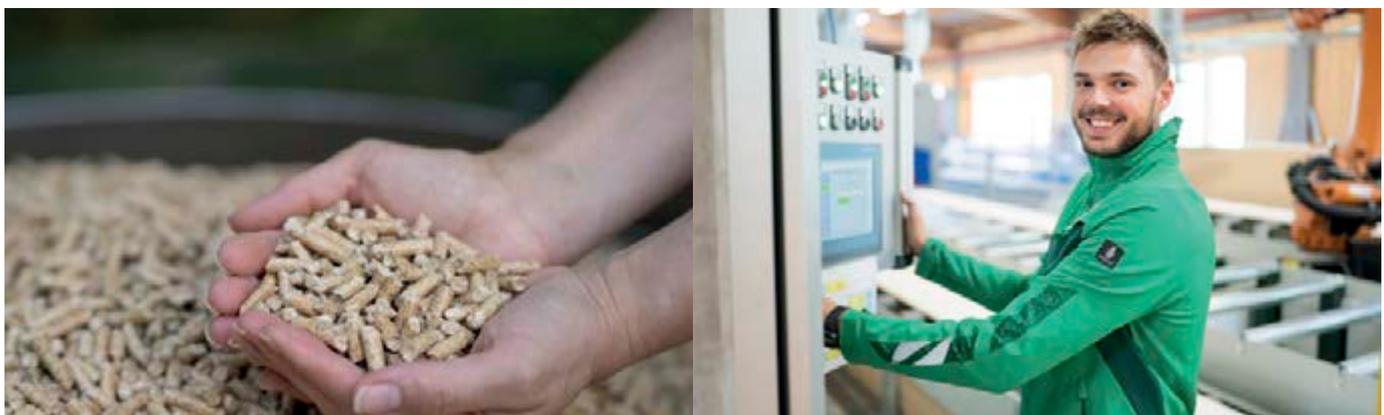




nehmer in die Kommunalparlamente zu bringen, damit dort nach dem Wahltag mittelstandsfreundliche Politik betrieben werden kann. Im Kreis Göppingen unterstützt die MIT daher die CDU bei der Suche nach Kandidaten und ruft auch zu

Spenden auf, um den Wahlkampf in den Gemeinden mit Kandidaten aus dem Mittelstand tatkräftig unterstützen zu können. Dabei gibt es bei Spenden ab 100 Euro zwei Tickets für das am 8. Juni stattfindende MIT-Spektakel gratis. ■

Rüdiger Gramsch (Pressereferent),
info@mit-gp.de,
mit-gp.de



**NATÜRLICH, NACHHALTIG, REGIONAL:
DOLD HOLZWERKE GMBH -
MITTELSTAND MIT ZUKUNFT!**



Göppinger Mittelständler sehen keine Luft für höhere Gewerbesteuer

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion im Kreis Göppingen lehnt Gewerbe- und Grundsteuererhöhungen der Kommunen im Landkreis ab. „Das ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, um an der kommunalen Gebührenschaube zu drehen“, so MIT-Kreisvorsitzender Ralf Semmler und er verurteilt die Idee des Göppinger Oberbürgermeisters Alex

Maier, die Steuersätze anzuheben, um Löcher im Haushalt 2024 zu stopfen.

Für Semmler ist klar: Die Kommunen, allen voran Göppingen, haben kein Einnahmeprobleme, sondern Ausgabe-probleme. Semmler forderte Maier auf, eigene Sparideen vorzubringen, statt immer wieder neue Personalstellen zu

schaffen, teure Verwaltungsgutachten in Auftrag zu geben und millionenschwere Investitionen anzukündigen. Die Kommunen haben laut Semmler in den vergangenen Jahren von der guten Auftragslage der Unternehmen im Kreis profitiert. Allein in Göppingen sind die Gewerbesteuereinnahmen von 27,8 Millionen Euro im Jahr 2020 auf über



ERFOLG PLANBAR MACHEN.
WIR MÖCHTEN MIT IHNEN DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Durch den Einsatz innovativer Gusstechnologie erstellen wir **Aluminiumgussteile von höchster Qualität**. Aus einem Spektrum von 14 Legierungen wird das Aluminium für jede Anwendung optimal angepasst: Ob hohe Festigkeiten, Lebensmittelechtheit oder hochseetauglich – wir haben die passende Lösung und unterstützen gleichzeitig den Trend zum Leichtbau. Durch das Gießen in Sandformen sind Kleinstserien und Prototypen in ausgeprägter Komplexität möglich. Wir sind Teil der Energiewende – wir beziehen unseren Strom von unserer eigenen PV-Anlage, unser Formsand und das Aluminium werden wiederaufbereitet und erneut verwendet. So erreichen wir einen energieeffizienten Einsatz der Rohstoffe.

SCHÜLE METALLGIEßEREI 

Metallgießerei Schüle GmbH
Einsteinstraße 3 · 74372 Sersheim · 07042 8314-0
info@schuele-guss.de · www.schuele-guss.de





52 Millionen Euro im laufenden Jahr gestiegen. In dieser Zeit habe sich der Personalstand bei der Stadt von 1204 auf 1305 erhöht.

Rüdiger Gramsch (Pressereferent),
info@mit-gp.de,
mit-gp.de

Dass ausgerechnet jetzt, da viele Unternehmen mit deutlichen Auftragsrückgängen und zusätzlichen Belastungen, nicht zuletzt aufgrund von überzogenen Energiekosten und irrwitzigen Investitionen in den Klimaschutz, zu kämpfen haben, noch höhere Steuern zahlen sollen, um die neuen Jobs in den Amtsstuben zu finanzieren, schlage dem Fass den Boden aus, so Semmler. Solche Ideen wie die des grünen Oberbürgermeisters würden mit dazu beitragen, dass immer mehr Unternehmer sich eine Betriebsverlagerung ins europäische Ausland oder gar eine Betriebsschließung überlegen. „Es braucht nicht mehr viel, um das Fass zum Überlaufen zu bringen“, fasst Semmler den Unmut der Mittelständler zusammen. OB Maier sollte an die Betriebe ein deutliches Signal senden und die „Spielwiesen grüner Politik im Rathaus“ abschaffen und sich auf die wesentlichen Aufgaben der Kommune zu konzentrieren. ■

Wir können Schwergewichte!

Schweißteilkomponenten bis 50 Tonnen.

- Konstruktionsbüro
- Brennschneiden
- Schweißteile
- Spannungsarm Glühen
- Mechanische Bearbeitung
- Lackieren



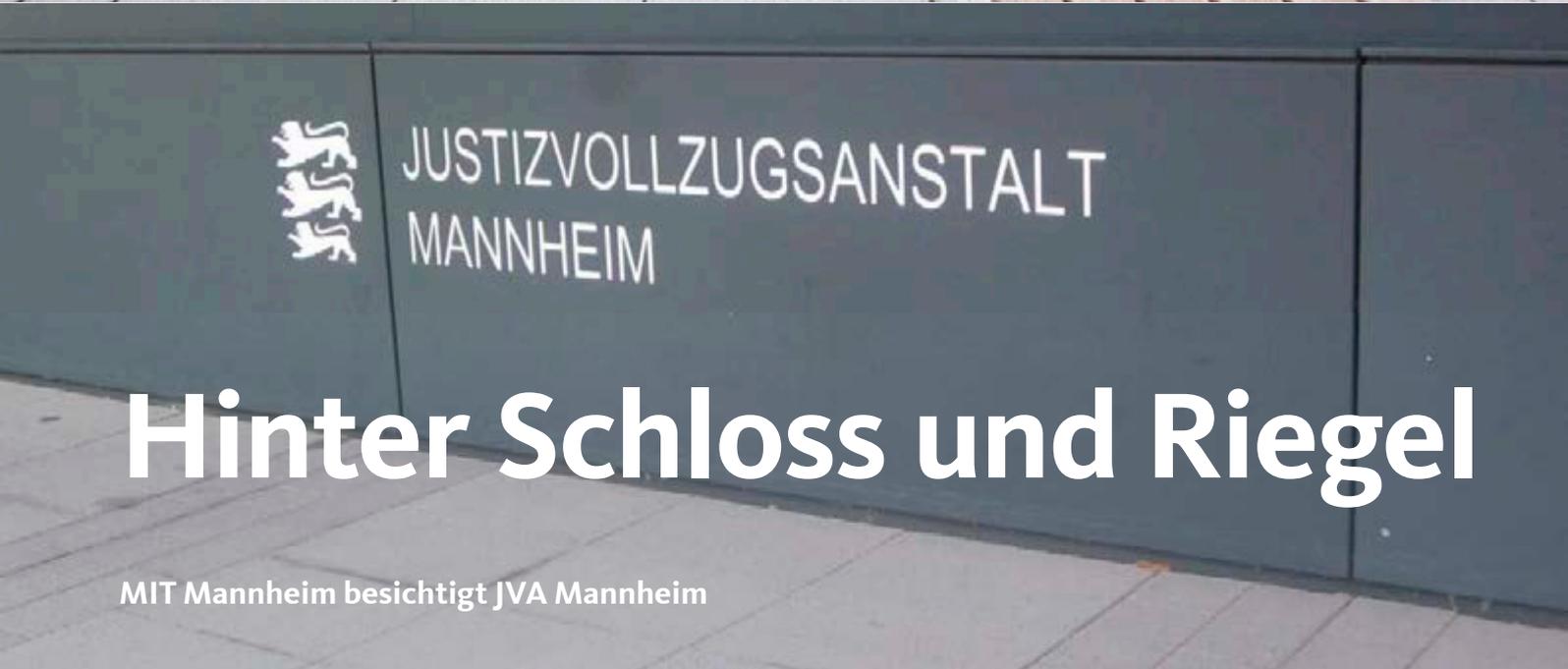


Daimlerstraße 3-5 · D-71254 Ditzingen-Schöckingen · Tel. 07156 9555-0
 Langwiesenstraße 14 · D-74363 Güglingen-Frauenzimmern · Tel. 07135 97405-0

www.HINZ-MBT.de



Glückliche Gesichter: Alle durften wieder raus.



Die Justizvollzugsanstalt (JVA) Mannheim ist die größte der 17 Justizvollzugsanstalten in Baden-Württemberg. Ihren Beinamen „Café Landes“ verdankt sie ihrer ehemaligen Bezeichnung als Landesgefängnis. Derzeit befinden sich hier 747 Haftplätze, davon 708 Plätze im geschlossenen Vollzug.

„Angesichts der Flut unüberschaubarer Bestimmungen steht jeder Mittelständler mit einem Fuß im Gefängnis, daher war die Entscheidung, die JVA zu besuchen, logisch“, scherzt der Mannheimer MIT-Kreisvorsitzende und Stadtrat Alexander Fleck bei seiner Begrüßung. Mit einem Augenzwinkern sah er hierin auch den Grund für das große Interesse an der Veranstaltung.

Der imposante fünfstrahlige Bau erhebt sich entlang der Herzogenriedstraße, der „längsten Straße“ Mannheims. Er wurde 1909 als großherzogliches Gefängnis fertiggestellt und diente als Ersatz des alten Zuchthauses in der Mannheimer Innenstadt. Teilweise steht die Anstalt heute unter Denkmalschutz.

Durch die 2018 eröffnete neue Torwache ging es zunächst in die Anstaltskapelle. Die beiden großen christlichen Kirchen feiern hier regelmäßig mit den Inhaftierten Gottesdienst und stehen diesen bei Sorgen und Nöten mit Gefängnisseelsorgern zur Seite.



JVA als Kulturdenkmal



Alte Torwache bis 2018 in Betrieb

Beim Gang durch den vierstöckigen Zellentrakt konnte ein Eindruck von den Haftbedingungen gewonnen werden. Die meist durch lediglich eine Person belegten Zellen bewahren bis heute den Charakter großherzoglicher Zeiten. Bedrückend wirkte der Bereich, in denen besonders gefährliche Straftäter in Einzelhaft fast 23 Stunden am Tag einsitzen. Modern gehalten entwickelt dieser Bereich eine steril-kalte Atmosphäre, die dem Besucher ein Schauern über den Rücken laufen lässt.

Das „Vollzugliche Arbeitswesen“ (VAW) bietet in den Handwerks- und Montagebetrieben 45 Ausbildungsplätze in 6 Berufen an. Beim Gang durch die Werkstätten wurde die moderne Maschinen- und Anlagentechnik in Augenschein genommen. So manch einem Häftling konnte während seiner Arbeit über die Schulter geblickt werden – eine Abwechslung, die nicht nur den Besuchern Freude bereitet. Während der Haftzeit gibt es zudem die Möglichkeit, einen Schulabschluss zu erwerben.

Die Krankenstation überraschte durch weitläufige und gut ausgestattete Räumlichkeiten sowie durch eine angemessene Personaldecke. Besonders angetan hat es

dem MIT-Kreisvorsitzenden, der auch als Strafverteidiger tätig ist, allerdings die Krankenhausapotheke mit dem Vorrat an Medikamenten zur Drogensubstitution. „So manch ein Dealer außerhalb dieser Mauern kann hier nur vor Neid erblassen“, scherzte Fleck.

Nach fast drei Stunden kurzweiligem Rundgang verließen die Besucher zufriede-

den die Anstalt. Zufrieden auch, weil sie unkompliziert die JVA verlassen durften. Ein Privileg, das nicht jeder hat... ■

Alexander Fleck (Kreisvorsitzender),
alexander-fleck@t-online.de,
mit-mannheim.de

TECHNIK STILVOLL INTEGRIEREN



Lufttechnische Komponenten



Lufttechnische Anlagen



Hohe Luftqualität und angenehme Temperaturen steigern das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit. Dafür stehen unsere hochwertigen Luftdurchlässe, Kühldecken und das System der Betonkerntemperierung, die eine optimale und zugfreie Raumluftströmung gewährleisten.

In enger Zusammenarbeit mit Bauherren, Ingenieurbüros und Architekten entwickeln wir maßgeschneiderte luft- und klimatechnische Anlagen aller Art – bedarfsgerecht und ressourcenschonend.

Lassen Sie sich kompetent beraten!

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website www.kieferklima.de
 Kiefer Klimatechnik GmbH • Heilbronner Straße 380-388 • 70469 Stuttgart
 Telefon +49 (0) 711 81 09-0 • E-Mail: info@kieferklima.de

Hidden Champignons in der MIT Baden- Württemberg



Bereits in jungen Jahren engagierte sich Dr. Madline Gund in der MIT, ohne dabei den beruflichen Werdegang zu vernachlässigen. Zielstrebig absolvierte sie das Studium der Zahnmedizin, schloss die Facharztausbildung ab und hat ebenfalls einen Bachelor-, sowie einen Master-Abschluss vorzuweisen. Dr. Gund ist Oberfeldarzt der Reserve und die Ergebnisse ihrer bisherigen Forschungsarbeit liegen als Habilitationsschrift vor. Ihren wirtschaftspolitischen Kompass und das Herzblut für die freie Marktwirtschaft verlor sie hierbei nie.

Diese Gesamtleistung von Ausbildung und Forschung hat nun auch in der Öffentlichkeit Beachtung gefunden. Die Deutschen Gesellschaft für Zahnerhaltung e.V. (DGZ) zeichnete sie für ihre Arbeit „Cold atmospheric plasma does not affect the regenerative potential of the pulp in rats“ (publiziert in Plasma Process Polym. 2022;19) mit dem mit 3.000 € dotierten DGZ-Publikumspreis in München aus. Die Forschung auf höchstem Niveau beeindruckte und überzeugte die Jury und so geht der „Oscar“

Ruth Baumann, stellvertretende Bundesvorsitzende,
Bezirksvorsitzende Südbaden

für wissenschaftliche Veröffentlichungen im Bereich der Zahnerhaltung ins Ländle der Tüftler und Denker.

Wir freuen uns nicht nur für und mit dem Landesvorstandsmitglied Madline Gund über diese Anerkennung, sondern sind schon heute überzeugt, dass unsere MIT-Streiterin auch weiterhin noch Überraschungen parat haben wird.

Herzlichen Glückwunsch zum DGZ-Publikationspreis und weiterhin viel Erfolg, liebe Madline. ■

Ruth Baumann,
r.baumann@baumann-co.de



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

„... ich durch meine Mitgliedschaft den deutschen Mittelstand unterstützen möchte.“



Jürgen Armbruster
Immobilienmakler
MIT Göppingen

„... der Mittelstand gemeinsam dafür sorgen kann, dass unser Mannheim mehr kann, insbesondere bei der Digitalisierung und erneuerbaren Energien“



Christian Rasmus
Diplom-Wirtschaftsinformatiker
MIT Mannheim

„... „weil wir wieder mehr Leistungsbereitschaft und Soziale Marktwirtschaft brauchen. Der Mittelstand ist Basis unseres Wohlstands und muss wettbewerbsfähig bleiben.“



Armin Mozaffari Jovein
Maître en Droit, Rechtsanwalt
MIT Tübingen

Jürgen Armbruster (Jahrgang 1963) hat sich im April 2013 als Immobilienmakler selbstständig gemacht. Zuerst als Franchisenehmer, dann seit Ende 2022 mit einem eigenen Unternehmen. Die aktuelle Firma „Dual Immobilien“ hat ihren Sitz in Heiningen.

Im September 2023 hat er die Weiterbildung zum geprüften Immobilienbewerter für Wohnimmobilien bei der Profi Makler Akademie (PMA) erfolgreich absolviert.

Nebenbei engagiert sich Jürgen Armbruster ehrenamtlich in einer evangelischen Freikirche vor allem im Predigt- und Lehrdienst. Außerdem fährt er gerne Rad, liest gerne und ist sehr interessiert am politischen Geschehen. ■

Jürgen Armbruster,
dual.immobilien@gmail.com,
dual-immobilien.de

Christian Rasmus (58) ist Diplom-Wirtschaftsinformatiker (Leuphana Universität Lüneburg), startete seine Karriere bei der AXA in Köln und nach zwei Jahren Auslandstätigkeit (u.a. Microsoft) arbeitet er als IT-Projektleiter (im M365 Umfeld).

Er wohnt im schönen Mannheimer Ortsteil Seckenheim, hat zwei erwachsene Söhne und ist in seiner Freizeit u.a. auf dem Motorrad, auf dem Tennisplatz oder im Fitnessstudio anzutreffen.

Zusätzlich ist er Mitglied der CDU (stellvertretender Ortsvorsitzender Seckenheim), Mitglied im Förderverein des ZEW und Beisitzer in der Dachorganisation der Mannheimer Fasnacht, der Karnevals-Kommission Mannheim.

Er ist der MIT beigetreten, weil er den Ausbau der Digitalisierung und der Fotovoltaik mit gleichzeitigem Abbau der Bürokratie unterstützen möchte. Das sind Ziele, die wir gemeinsam in Mannheim erreichen können. ■

Christian Rasmus,
christian.rasmus@odymiles.de

Armin Mozaffari Jovein studierte in Tübingen und Aix-en-Provence Rechtswissenschaften und absolvierte sein Referendariat am Landgericht Tübingen mit Stationen u.a. bei der CDU-Landtagsfraktion sowie einer Großkanzlei. 2021-2024 war er neben der Promotion Rechtsanwalt für Kartell- und EU-Beihilferecht, wechselte aber vor kurzem in den Bereich des IT-Recht, Datenschutz und Gewerblichen Rechtsschutz bei der RWT. Seine Dissertation schreibt er über Aspekte der Regulierung des Metaverse sowie aktuelle EU-Gesetzesinitiativen in der Digitalwirtschaft. Mit großer Leidenschaft berät er Mandanten daher gerne zu aktuellen Themen wie KI, Data, Metaverse, DLT und IoT.

Seit vielen Jahren engagiert sich Armin Mozaffari Jovein sich in der CDU und JU Tübingen, wo er seit 2022 zudem Vorsitzender des CDU-Stadtverbands ist. Derzeit kandidiert er auch für den Tübinger Gemeinderat sowie Kreistag. Neben dem politischen Ehrenamt macht er in seiner Freizeit gerne Sport und ist Jäger. ■

Armin Mozaffari Jovein,
armin.mozaffarijovein@rwt-gruppe.de

„Deutschland kann es besser“ – Gemeinsame Wirtschaftskonferenz von MIT und CDU



Foto: Tobias Koch

„Deutschland kann es besser. Grundsätzlich Mittelstand“. Rezession, geopolitische Unsicherheiten, globaler Systemwettbewerb – Deutschland steckt in der Krise. Was bedeutet dies für Wirtschaft und Mittelstand in unserem Land? Wo liegen die größten Herausforderungen? Und wie lässt sich der Wirtschaftsstandort wieder fit machen? Zu diesen Themen luden die MIT mit der MIT-Bundesvorsitzenden Gitta Connemann und die CDU mit Parteichef Friedrich Merz am 23. Januar zu einer gemeinsamen Wirtschaftskonferenz ins Konrad-Adenauer-Haus ein.

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann eröffnete die Veranstaltung mit einem Impuls zur Stärkung der deutschen Wirtschaft: „Wir brauchen in Deutschland einen Mentalitätswandel: Dass Anstrengung wichtig ist. Dass Wohlstand ohne Anstrengung eine Illusion ist. Wir wollen, dass sich Leistung wieder lohnt. Lasst uns in Deutschland wieder einfach mal machen.“

Anschließend diskutierten die Panelisten Prof. Dr. Veronika Grimm (Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft), Dr. Rai-



Foto Tobias Koch

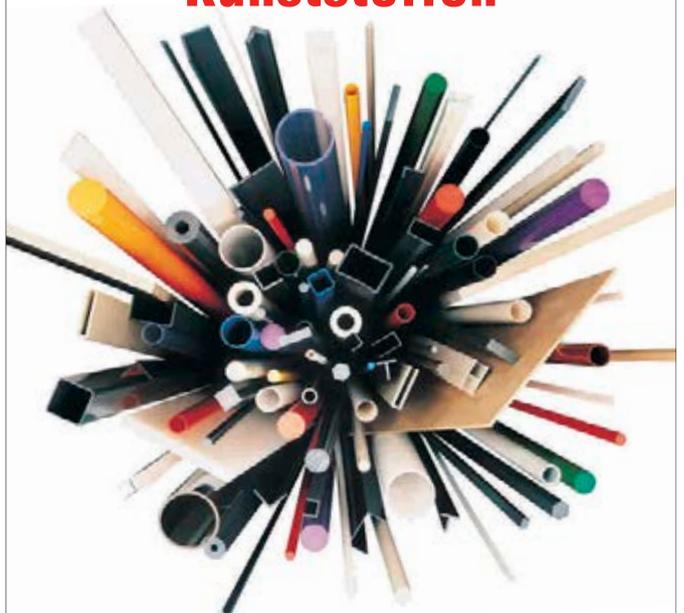


Foto Tobias Koch

ner Dulger (Arbeitgeberpräsident), Dr. Matthias Voelker (CEO Börse Stuttgart) und Tijen Onaran (Gründerin GDW Global Digital Women GmbH) über „Standort Deutschland im Wettbewerb: Bestandsaufnahme nach zwei Jahren Ampel“. Prof. Dr. Veronika Grimm wies, wie zuvor in den Gutachten des Sachverständigenrates und in zahlreichen Interviews, auf den Arbeitskräftemangel, die Bedeutung von Innovation, die schwierigen Aufgaben der Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Konkret sagte sie: „Die Herausforderung ist, eine Reformagenda aufzustellen, bei der sich die Menschen fühlen, als werden sie alle mitgenommen“. Weitere Impulse zur Bedeutung von Märkten zur Mobilisierung von privatem Kapital für die Transformation und Klimaschutz kamen von Dr. Matthias Voelker. Er verwies insbesondere auf die Rolle von Finanzmärkten bzw. Finanzplätzen, die auch Kapital für den Mittelstand bereitstellen können.

Nach der Diskussion schaltete sich Dr. Johannes Hahn (EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung) digital hinzu und hielt eine

Rohre, Stäbe, Profile aus thermoplastischen Kunststoffen



www.gehr.de

GEHR GmbH
 Casterfeldstraße 172
 D-68219 Mannheim
 Telefon: 0621-87 89-0
 Telefax: 0621-87 89-200



Foto Tobias Koch



Foto Tobias Koch

Rede zu „Europa im globalen Wettbewerb – Herausforderungen für die Mitgliedstaaten“. Auf diese Herausforderungen, insbesondere für die deutsche Wirtschaft, konzentrierte sich im Anschluss CDU-Parteichef Friedrich Merz in seiner 20-minütigen Ansprache. Er verwies auf die Verantwortung von Deutschland in der Welt: „Deutschland ist in der Klima- und Energiepolitik zum Geisterfahrer in Europa geworden. Das liegt daran, dass wir in Deutschland grundsätzlich die falschen Entscheidungen treffen.“ Zusammen mit der MIT-Bundesvorsitzenden Gitta Conemann betonte er die Rolle der sozialen Marktwirtschaft als uns leitendes Instrument. Die MIT-Bundesvorsitzende setzte einmal mehr den Fokus auf die Prinzipien der Ludwig Erhard'schen Tugenden für eine erfolgreiche deutsche Wirtschaft.

Danach wurden Unternehmen, die diese Verantwortung tragen und annehmen, in kurzen Präsentationen vorgestellt. Die Bernard Krone Holding SE & Co. KG aus Spelle machte den An-



Natursteine

für Haus, Hof und Garten

Trockenmauersteine • Blöcke • Findlinge
 Splitte • Pflaster • Platten • Steinkörbe
 Quellsteine • Brunnen • Steinfiguren




Gebr. Zimmermann GmbH • Kalk- u. Schotterwerk • Am Kalkwerk 95 • 71665 Vaih.- Roßwag • Tel. 0 70 42 / 82 43 - 34 • Fax 0 70 42 / 82 43 - 20
www.felswerk.de



Foto Tobias Koch



Foto Tobias Koch



Foto Tobias Koch

fang und präsentierte ihr erfolgreiches Exportmodell als Agrartechnik- und Nutzfahrzeughersteller. Fast 73 % des Umsatzes wird durch den Export von Produkten generiert.

Ebenfalls vorgestellt wurden die Kenbi GmbH, die mittlerweile an mehr als 21 Standorten Pflegekräfte bei der bürokratischen Arbeit unterstützt und ihnen dabei bis zu 20% der Arbeit abnimmt, und die OHB System AG, die die Zukunft der Nutzung des Weltraums für Deutschland aufzeigte. Auch die UPM Biochemicals GmbH, Konzerntochter des weltweit führenden Bioökonomieunternehmens UPM, stellte sich vor. UPM Biochemicals GmbH baut derzeit in Leuna, Sachsen-Anhalt, eine neue Produktionsanlage zur Herstellung nachhaltiger, holzbasierter Chemikalien als technisch gleichwertige Alternative zu



Foto Tobias Koch

herkömmlichen Produkten auf fossiler Basis. Als letztes Unternehmen vor dem Schlusswort präsentierte sich die Waschbär GmbH aus Mühlhausen in Thüringen. Sie zeigte, dass Innovation nicht nur in der Großindustrie, sondern auch in der Textilreinigung funktioniert.

Am Ende beschwor MIT-Bundenvorsitzende Gitta Connemann in ihrem Schlusswort einmal mehr: „Der Mittelstand steht für Mut, Ideen, Taten, wenn man ihn lässt.“

Louis Müller-Rettstatt,
mueller-rettstatt@mit-bund.de,
mit-bund.de

SWITCH TO INNOVATIONS



Wenn etwas richtig gut in einem System funktionieren soll, dann ist es oft maßgeschneidert. So wie unsere Beiträge zu zahllosen Innovationen für zuverlässige Elektrotechnik in Automobilen und Gebäuden, die auf den Punkt abliefern. Aus Wehingen für die Welt.

gruner.de

DIE MITTELSTANDS- KLAUSEL BEIM DATENSCHUTZ ER- NEUERN

Die Stiftung Familienunternehmen hat gemeinsam mit dem Normenkontrollrat Baden-Württemberg in einem Bürokratiekostenvergleich untersuchen lassen, ob die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) Unternehmen in Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich unterschiedlich belastet.¹ Die vom Centrum für Europäische Politik (cep) und der Prognos AG durchgeführte Studie untersucht dazu beispielhaft zwei Artikel: Die Pflicht, ein Verzeichnis der Verarbeitung personenbezogener Daten anzulegen und die Pflicht, Verstöße gegen den Schutz personenbezogener Daten zu melden. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

1.

Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten (Art. 30 DSGVO)

Die Belastungen unterscheiden sich nicht signifikant und sind in allen vier EU-Ländern sehr hoch. Alle vier Länder verschärfen die EU-Vorgaben in geringem Umfang (Gold Plating)², indem weitere Angaben im Verzeichnisses gemacht werden müssen.

Trotz Mittelstandsklausel gibt es keine Befreiung

Auffallend ist, dass die von der EU beabsichtigte Befreiung mittelständischer



Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Autorin und Dozentin, Vorsitzende des Normenkontrollrats Baden-Württemberg bis 2022

Unternehmen unter 250 Beschäftigten, ein Verzeichnisses personenbezogener Daten anzulegen (Art. 30 Abs. 5 DSGVO), ins Leere läuft, da die EU dies selbst einschränkt. Die Befreiung ist davon abhängig, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten kein Risiko für die Rechte und Freiheiten der be-



ESSLINGER

ENERGIE

PELLETS VON HIER

Ein gemütliches Zuhause mit den besten Pellets



GLEICH BESTELLEN!
esslinger-energie.de
Tel. 07455 - 94757-22

¹ Die Studie: Regulatory and financial burdens of EU legislation in four Member States – a comparative study; Vol. 4: Burdens arising from Art. 30 and 33 of the General Data Protection Regulation ist auf der Website der Stiftung Familienunternehmen erhältlich: www.familienunternehmen.de.

² Gold Plating: Zusätzliche länderspezifische regulatorische oder administrative Anforderungen, die über die EU-Vorgaben hinausgehen.

troffenen Personen birgt und die Verarbeitung nur gelegentlich erfolgt. Da Beschäftigtendaten personenbezogene Daten sind und von einem Unternehmen bereits ab einem Beschäftigten regelmäßig verarbeitet werden, unterliegt bereits jedes Unternehmen mit nur einem Mitarbeiter den gleichen Verzeichnispflichten wie ein Großunternehmen. Dass dessen Daten (Geburtsdatum, Adresse, Kontonummer etc.) versehentlich an eine falsche Stelle geschickt werden oder das Handy des Unternehmers mit den gespeicherten Mitarbeiterdaten verloren geht, ist ein relevantes Risiko, das eintreten kann. Ein Lösungsvorschlag lautet, dass Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten grundsätzlich nur dann verpflichtet werden sollten, ein Verzeichnis personenbezogener Daten erstellen zu müssen, wenn ihre Haupttätigkeit in der Datenverarbeitung besteht.

Die Datenschutzregeln werden in Bund und Ländern unterschiedlich interpretiert

Ein Grund, weshalb die Anwendung der DSGVO so aufwändig ist, besteht darin, dass die Datenschutzbehörden unterschiedliche Informationen sowie Formulare zur DSGVO herausgeben. Besonders ärgerlich ist, dass der Begriff, wann ein Geschäftsprozess einen datenschutzrechtlichen Verarbeitungsprozess darstellt, in den Ländern unterschiedlich beantwortet wird. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern verlangt Baden-Württemberg, dass nicht nur der für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Verantwortliche, sondern auch die Leitungspersonen des Unternehmens benannt werden müssen. Dies sind unnötige Erschwernisse für Unternehmen, die in mehreren Bundesländern Niederlassungen haben.

2.

Die Verpflichtung, eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu melden (Art. 33 DSGVO)

Unbestimmte Rechtsbegriffe der Datenschutz-Grundverordnung sind eine Ursache für hohe Bürokratie

Die DSGVO schreibt vor, der Aufsichtsbehörde möglichst innerhalb von 72 Stunden einen Verstoß zu melden, es sei denn, die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten führt zu keinem Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen. Muss ein Unternehmen den Diebstahl eines Tablets melden, auf dem sich personenbezogene Daten befinden, auch wenn es ausgeschaltet war und durch starke Passwörter geschützt ist? Wann kann die Frist von 72 Stunden überschritten werden? Rechtliche Unklarheiten führen häufig zur Übererfüllung gesetzlicher Vorgaben.

Eine hohe Qualität der behördlichen Informationen reduziert Bürokratie

Die mit Abstand kundenfreundlichsten Informationen und Online-Formulare bietet Frankreich. Sie enthalten u.a. klar

strukturierte Excel-Tabellen und Dropdown-Menüs³. Wie häufig sind die Hinweise in Deutschland besonders detailliert und umfangreich. Dies erhöht den Einarbeitungsaufwand. Andererseits erleichtern sie die Anwendung der DSGVO, da sie bei unbestimmten Rechtsbegriffen Unsicherheiten verringern.

Die Kommunikation mit Behörden über Online-Portale und einheitliche nutzerfreundliche Formulare reduzieren Bürokratie

In Italien und einigen Bundesländern in Deutschland gibt es für die Meldung einer Datenschutzverletzung Online-Portale. Ansonsten erfolgt die Meldung per E-Mail oder über Formulare, die an die Behörden geschickt werden müssen. In Österreich ist das vorgegebene Formular obligatorisch. In Frankreich bildet das Online-Formular eine besondere Belastung, weil es nicht benutzerorientiert gestaltet und damit zeitraubend auszufüllen ist. Es wird empfohlen, deutschlandweit ein einheitliches Online-Portal für die Meldung von Datenpannen einzurichten. ■

Dr. Gisela Meister-Scheufelen,
meister-scheufelen.extern@
familienunternehmen.de

³ Beim Dropdown-Menü kann der Benutzer einen Wert aus einer vorgegebenen von Werten auswählen und anklicken.



Könner in Kunststoff

Ihr Spezialist für individuelle Einzelteile und Serien aus Plexiglas und anderen technischen Kunststoffen



MARTIN FINK GmbH & Co. KG • Riedweg 57 • 89081 Ulm • Tel. 0731/4070 5860 • info@fink-plexiglas.de

www.fink-plexiglas.de

Der Druck auf unser Sozialsystem steigt und wir werden es retten müssen!



Bundessozialminister Hubertus Heil und Bundesfinanzminister Christian Lindner stellten kürzlich das neue Rentenpaket der Ampel-Koalition vor. Weil die gesetzliche Rente immer teurer wird, soll mittels eines kapitalgedeckten Fonds („Generationenkapital“) die Finanzierung sichergestellt werden. Über 200 Mrd. Euro wird der Bund dafür zusätzlich bereitstellen, um eine überschaubare Rendite von 10 Mrd. Euro ab

2036 abzuschöpfen. Die Ampel vollzieht einen Systemwechsel im System der beitragsfinanzierten Rente.

Gleichzeitig verkündete Hubertus Heil die Fortführung der Haltelinie beim Rentenniveau für die nächsten 15 Jahre auf 48 Prozent. Damit greift Heil tief in die Rentenformel ein und kündigt den Generationenvertrag auf. Der automatische Ausgleichsmechanismus zwi-

Jana Schimke MdB



IHRE SPEDITION IN STEINHEIM

Telefon 07144 8707-0 · info@gruber-steinheim.de · www.gruber-steinheim.de

schen Lohnentwicklung, Anzahl der Beitragszahler und Rentner sowie dem Rentenanstieg wird gestört. Dabei ist das Rentenniveau als Kenngröße für die Rentenpolitik denkbar ungeeignet. Selbst ein Absinken des Rentenniveaus würde nicht zu einer geringeren Rente führen, sondern stattdessen das Tempo des Anstiegs regulieren. Schon jetzt kursieren Prognosen, wonach sich die Kosten dafür bis zur Mitte der 30er Jahre im dreistelligen Milliardenbereich bewegen könnten. Die Bundesregierung geht davon aus, dass der Rentenbeitragssatz von derzeit 18,6 Prozent auf bis zu 22,3 Prozent im Jahr 2035 ansteigen wird. Das heißt, Arbeit in Deutschland wird noch teurer und Arbeitnehmer haben noch weniger Netto in der Tasche.

Wir als MIT haben uns zum Ziel gesetzt, unser Sozialversicherungssystem so auszugestalten, dass die Beiträge insgesamt 40 Prozent nicht überschreiten. Es wäre unseriös, die Anpassung der Regelaltersgrenze davon auszunehmen. Immer längere Rentenbezugszeiten erfordern eine Anpassung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. Das Rentenniveau als Kennziffer wollen wir abschaffen, weil es Verunsicherung und Fehlvorstellungen erzeugt. Wir wollen den Nachhaltigkeitsfaktor innerhalb der Rentenformel stärken, um den Beitragssatz stabil zu halten und jüngere Generationen nicht zu benachteiligen. Längeres Arbeiten soll sich lohnen. Hier liegt mit der Aktiv-Rente ein guter Vorschlag der CDU auf dem Tisch, wonach Rentner bis zu 24.000 Euro jährlich steuerfrei hinzuverdienen können.

Auch bei der betrieblichen Vorsorge kommt es darauf an, die reine Beitragszusage für alle Durchführungswege zu öffnen und Vorsorge endlich renditestärker zu machen. Staatlicherseits kann die sehr erfolgreiche Geringverdienerförderung durch Dynamisierung noch attraktiver werden. In der privaten Altersvorsorge wollen wir aus Rieste eine neue Familien-Rente machen: vereinfacht, entbürokratisiert, attraktiver. Die Kinderzulage wird auf 300 Euro vereinheitlicht und staatliche Zu-

lagen dynamisiert. Wir wollen weg vom Sonderausgabenabzug hin zur reinen Zulagenförderung, von der auch Selbstständige profitieren sollen.

Schließlich gehört bei der Vorsorge auch die Vermögensbildung immer mitgedacht. Dies beginnt schon in der Schule bei der Vermittlung einer Vermögens- und Aktienkultur. Sie erstreckt sich weiter über die erleichterte Bildung von Wohneigentum bis hin zur verbesserten staatlichen Förderung beim Sparerpauschbetrag, der Arbeitnehmersparzulage oder auch vermögenswirksamen Leistungen. Entscheidend wird sein, dass die Menschen über ein Einkommen verfügen, das nicht durch Steuern, Abgaben und Inflation aufgezehrt wird.

Allerdings darf man sich bei Betrachtung unseres Sozialstaates nicht nur auf die gesetzliche Rente fokussieren. Noch ist sie der rosa Elefant im Raum. Doch die Kostendynamik in Gesundheit und Pflege steigt rasant. Das bestätigt auch ein Gutachten im Auftrag von DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER zur Tragfähigkeit der Sozialsysteme in Deutschland. Die Autoren prognostizieren, dass die gesamten Sozialabgaben im Jahr 2050 auf über

50 Prozent ansteigen werden, wenn man nicht gegensteuert. Die Folgen für unseren Wirtschaftsstandort und unser Sozialsystem wären verheerend. Wenn die Wirtschaft fehlt, wird der Sozialstaat unbezahlbar. Deswegen muss auch klar sein, dass jede Sozialrechtsreform, im Sinne der Generationengerechtigkeit, eine Reform für und nicht gegen Rentnerinnen und Rentner ist.

Die Zeit drängt. In der Wissenschaft ist man sich nahezu einig, dass der Kippunkt bald erreicht sein wird, ab dem der Sozialstaat weder zu finanzieren noch zu reformieren ist. Im Grunde kommt es auf die nächste Bundesregierung an und damit auf CDU und CSU! Wir müssen den Wirtschaftsstandort Deutschland und das Sozialsystem wieder fit machen und die Soziale Marktwirtschaft wieder leben. Die CDU ist dazu bereit. Die MIT hat die notwendigen Ideen, unsere Unternehmen von Belastungen und ideologischen Fesseln zu befreien, das Sozialsystem zu reformieren und es letztlich zu retten. ■

Jana Schimke MdB,
jana.schimke.ma01@bundestag.de,
jana-schimke.de

GAPLATEC

🔥 KÜCHE ❄️ KÄLTE 🌿 ABLUFT

Wir planen innovative Großküchensysteme komplett mit Abluftfassung, Kälteanlagen, Wärmerückgewinnung mit wenigen Schnittstellen und kurzen Wegen für Ihren nachhaltigen Erfolg.

Wir machen aus Ihrer Kantine ein Mitarbeiterrestaurant!
Statt 2 Std. Nutzung eine Zonierte Nutzung über den gesamten Arbeitstag
Kein Schlange stehen sondern individuelle Insellösungen autark gestaltet



GAPLATEC GmbH | Wacholderstr. 27 | D-71723 Großbottwar
Tel: (+49) 7148 16 66 010 | anfrage@gaplatec.de | www.gaplatec.de

In Europas größter Schachtofenanlage zum Schutzgashärten (Härterei Reese Bochum) werden Werkstücke bis zu einem Durchmesser von 5.000 mm gehärtet.

Bitte Klarheit für die nächste Unternehmergeneration!



Philipp Reese, Geschäftsführer

Bei der Umsetzung der Energiewende in den Unternehmen mangelt es nicht an Willen, sondern zumeist daran, dass die grundlegenden Rahmenbedingungen für das Treffen weitreichender Entscheidungen nicht gegeben sind.

Als Geschäftsführer einer mittelständischen Härtereier möchte ich Ihnen dies anhand unseres konkreten Beispiels aufzeigen.

Unsere Härtereier verfügt über ca. 300 Ofenanlagen, die täglich auf Temperaturen zwischen 500 bis 1000°C erwärmt werden müssen, um Stahl darin zu veredeln. Die Anlagen können, mit Ausnahme weniger gasbetriebener Großanlagen, wahlweise durch die Energieträger Erdgas und Strom beheizt werden.

Für den Ingenieur ist klar, dass er die elektrische Heizung unter dem Bewertungskriterium der Effizienz bevorzugen muss. Er lässt sich vom hervorragenden Wirkungsgrad einer elektrischen Heizung überzeugen, auch die Regelbarkeit und Wartung dieser ist klar einfacher. Eigentlich eine komfortable Entscheidungsbasis!

Dennoch war der Kaufmann in der Vergangenheit anderer Meinung. Die Energiepreise für Strom wurden mehr als ein Jahrzehnt durch die EEG-Umlage so stark verteuert, dass der Betrieb elektrischer Anlagen wirtschaftlich quasi nicht möglich war. Mit einer Elektroheizung sind heute fast nur uralte (prä-EEG) Anlagen ausgestattet, sowie solche, bei denen die

Beheizung mit Gas technisch massive Schwierigkeiten verursachen würde.

Nun aber machen wir die Kehrtwende. CO2 muss eingespart werden. Und deshalb ist Gas zu vermeiden. Die Kosten dafür stellen die Härtereier vor eine Generationenaufgabe. Es sollen ca. 60% des Anlagevermögens, nämlich alle gasbeheizten Anlagen, komplett ausgetauscht werden.



Und das so schnell wie möglich, denn Drohszenarien aus der Politik für diejenigen, die die Fehler der Vergangenheit zu langsam ausbaden, kommen täglich neue. Jeder Euro kann aber nur einmal ausgegeben werden und so will wohlüberlegt sein, wo mit den gigantischen Investitionen begonnen werden kann. Diese Frage lässt sich aber leider ganz und gar nicht eindeutig beantworten. Denn weder besteht eine langfristige Preisstabilität für die hier aufgeführten Energieträger, noch besteht eine langfristige Garantie der Verfügbarkeit. Die Politik hat mit dem CO₂-Zertifikatehandel umgehend ein Mittel gefunden, die Nutzung des Erdgases unattraktiv zu machen. Das Ziel, CO₂ zu vermeiden,

wird damit auch quasi garantiert. Allerdings wird nicht berücksichtigt, dass der Markt für Erdgas noch weit stärker durch Angebot und Nachfrage geregelt wird, als dies bei Strom der Fall ist.

Sinkende Produktpreise beim Erdgas werden daher zwangsläufig diese Strategie zumindest teilweise konterkarieren. Der Schwung der letzten Jahre, was Investitionen weg von Erdgas angeht, dürfte fast vollständig auf die Angst vor Versorgungsengpässen zurückgeführt werden, die kaum noch besteht.

Auf der Stromseite hingegen finden wir ganz andere Bedingungen vor. Durch das Merit-Order-Prinzip, die Außerbetriebsetzung von Kraftwerken, die Nachfragesteigerung und den stockenden Ausbau der erneuerbaren Energien, muss man hier mit einem langfristigen Preisanstieg rechnen. Da die Nutzung des elektrischen Stroms, sowie alle vorher genannten Preisfaktoren politisch gewollt sind, sollte man erwarten, dass auch die Markteingriffe politischer Natur und massiv sein müssen. Das Vertrauen in die Politik, den Strommarkt auch für die Letztverbraucher sicherer, stabiler und letztendlich attraktiver zu gestalten, schwindet aber weiter. Zum 1. Januar wurden die Netzentgelte um rund 40% erhöht, damit der Haushalt entlastet wird. Wer bei unangekündigten und derart drastischen Preissteigerungen weiter in elektrische Anlagen investieren soll, bleibt unklar.

Während der Lebenszyklus einer Ofenanlage gut 20 Jahre beträgt, ist die Finanzierung eines Unternehmens leider nur wesentlich kurzfristiger gesichert.

Es kann daher keine Option sein, nun in gutem Willen und guter Hoffnung alle Gasanlagen zu ersetzen. Denn solange die Gesetze des Marktes angewendet werden, führt dieser Weg ins kurzfristige Verderben. Stattdessen ist das Gebot, sich flexibel aufzustellen und zu diversifizieren. Bei einer bestehenden Quote von 60:40 in den beiden Energieträgern Gas und Strom folgt daraus: Gar nichts und das Geld lieber anderswo investieren, wo langfristige Renditechancen bestehen!

Wenn diese Entscheidung verhindert werden soll, muss nun zwingend eine Lösung her, die Vertrauen schafft. Das ist aber gerade nicht der Industriestrompreis, von dem alle Investoren wissen, dass er teuer und damit bei jeder Wahl wieder gegen

das Monsterbudget des Ministeriums für Arbeit und Soziales abgewogen wird.

Es muss zwangsläufig der massive Ausbau der Netze und Erzeugungsanlagen sein, der Preise und Verfügbarkeit als einziges sicherstellt. Da der Staat dies kontrollieren und initiieren muss und nachhaltig daran scheitert, Investoren zum Geld ausgeben zu bewegen, sollte er dringend erwägen, die notwendigen Investitionen einfach selbst zu vorzunehmen!

Wenn die Politik sich damit beeilt, werden zumindest die dem Lande treuen Mittelständler noch übrig sein und die Energiewende mit Freuden finanzieren.

Philip Reese, M. Sc. Luft- und Raumfahrtstechnik, ist in dritter Generation geschäftsführender Gesellschafter der Härterei Reese-Gruppe mit Standorten in Bochum, Brackenheim, Chemnitz und Weimar und beschäftigt über 250 Mitarbeiter. ■

Philipp Reese,
brackenheim@reese.de,
haererei.com

KÄRCHER
TRESORBAU

**TRESORE FÜR PRIVAT UND GEWERBE
DIREKT VOM HERSTELLER**

Kärcher Tresorbau GmbH + Co. KG
Gmünder Str. 8, 75181 Pforzheim
Tel. (07231) 96 39 90 - 0
www.Kaercher-Tresorbau.de

Darf man in Deutschland sagen, was man denkt?



Tobias Vogt Mdl, stellvertretender Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg

Selten gab es in Deutschland so viele Menschen, die sich öffentlich nicht zu sagen trauen, was sie denken. Das Institut für Demoskopie Allensbach deckte auf, dass nur 40% der Befragten das Empfinden haben, sie könnten ihre Meinung ohne Einschränkungen kundtun – ein historischer Tiefpunkt seit den 1950er Jahren. Während sich Anhänger der Grünen mehrheitlich noch immer im Einklang mit dem Grundrecht der Meinungsfreiheit sehen, empfinden vor allem konservativ-bürgerliche Wähler eine bedeutende Einschränkung, sich frei zu äußern. Dieses Phänomen wird dem derzeitigen Medienklima zugeschrieben.

Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert das Recht auf freie Meinungsäußerung. Das ist aber nur die eine Seite. Auf der anderen Seite gibt es Worte, Gedanken und „Meinung“, die vom öffentlichen Meinungs-Mainstream nicht akzeptiert werden. Wer sie trotzdem sagt, wird in der Regel abgestempelt und aus dem öffentlichen Diskurs ausgegrenzt.

CNC-Teilapparate

Ihre 4. + 5. Achse

Höchste Präzision - Made in Germany



HOWIMAT Gear Drive-Baureihe
mit patentiertem Kugelumlaufgetriebe

- in 5 Baugrößen lieferbar (Spindel-Ø 80 - 320mm)
- auch als 4. + 5. Achse sowie mehrspindlig
- optimale Verdrehsteifigkeit auch ohne Klemmung
- keine Nebenzeiten für Klemmung "Auf / Zu"
- höchste Lage- und Positioniergenauigkeit



HOWIMAT Direct Drive-Baureihe
mit Direktantrieb (Torquemotor)

- in 6 Baugrößen lieferbar (Spindel-Ø 80 - 320mm)
- auch als 4. + 5. Achse sowie mehrspindlig
- Antrieb ist verschleißfrei und ohne Umkehrspiel
- höchste Dynamik (bis 0,1 sec. für 90°)
- Drehzahlen bis 4000 min⁻¹



HOWIMAT Direct Drive-Baureihe
Einbau-Rundachsen der TMI-FL-Baureihe

- Technologie ist identisch wie bei TMI-Aufbauachsen
- flanschartige Build-In-Module mit Zentrierbund
- in 4 Baugrößen lieferbar (Spindel-Ø 125 - 320mm)
- äußerst steife Verbindung zur Maschine
- äußerst kompakte und kurze Bauweise

- kompakte, stabile Bauweise mit sehr großer Spindelbohrung (bis Ø 200mm)
 - Rund- und Planlaufgenauigkeiten bis < 0,001mm lieferbar
 - kundenspezifische Sonderlösungen, ergänzendes Zubehör, Erodiertheilapparate, uvm.



DETLEV HOFMANN
PRECISION AND MOTION

Informieren Sie sich unter:

www.detlevhofmann.de



Detlev Hofmann GmbH / Präzisions-Maschinenbau / CNC-Teilapparate
 Rastatter Strasse 36 / D-75179 Pforzheim
 Tel.: +49 (0) 7231 14297-0 / Fax: +49 (0) 7231 14297-29

Jede Zeit hat ihre Sprache, jede Zeit hat ihren Meinungs-Mainstream. Das Erstarken der Grünen ging einher mit dem Übergang zu einer links-grün geprägten öffentlichen Meinung, die insbesondere in den Leitmedien wie den Öffentlichen Sendern, vielen Printmedien und durch „Meinungsmacher“ in der Kultur zum Ausdruck gebracht wird. Sie alle „missionieren“ die Menschen, weil sie sich als Teil einer „Guten Sache“ und Andersdenkenden moralisch überlegen sehen.

Die Grünen und ihre Themen haben nunmehr zwei Jahrzehnte die wichtigen politischen Diskussionen in Deutschland bestimmt – begonnen schon in Zeiten, in denen sie noch in der Opposition waren. Aktuell erleben wir aber, wie die grüngefärbte öffentliche Meinung in Deutschland mit Herausforderungen konfrontiert wird, die ihre bisherige Vormachtstellung infrage stellen.

Dieses Phänomen ist kein Novum in der Geschichte. Bereits Ereignisse wie der Ölpreisschock von 1973 oder der Fall des Eisernen Vorhangs führten zu dramatischen Verschiebungen in der öffentlichen Meinung. Die jeweiligen Epochen waren geprägt von einem starken Glauben an die Unfehlbarkeit der vorherrschenden Ideologien – vom ungebremsten Fortschrittsoptimismus in den 60ern und 70ern über die Glorifizierung von Privatisierungen und Deregulierungen in der Zeit von Reagan und Thatcher bis hin zum Neoliberalismus. Diese Epoche ging schlagartig mit der Weltwirtschaftskrise 2008 unter, die durch einen spekulativ aufgeblähten Immobilienmarkt in den USA und der daraus folgenden Bankenkrise („Lehman Brothers“) ausgelöst worden war.

Jede dieser Perioden hatte ihren Aufstieg und eine Hochphase. Und jede Periode erreichte letztendlich einen Wendepunkt, an dem der Glaube an die Allmacht des führenden Paradigmas erschüttert wurde. Ein solcher Wendepunkt lässt sich derzeit an den Themen beobachten, die die grüne DNA ausmachen.

Von der Umweltschutzpartei zur Partei der Zwangsbeglückung

Wachstumskritik und der Schutz der Umwelt standen im Zentrum der Gründung der Grünen, insbesondere der Kampf gegen die Nutzung der Atomenergie. Der Schutz natürlicher Ressourcen fand eine immer breitere allgemeine Zustimmung. Schritt für Schritt verschärften die Grünen ihren Kurs. Die radikale Abkehr von nuklearer und fossiler Energie hin zu erneuerbaren Quellen hat inzwischen zu den höchsten Strompreisen weltweit und zur Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten geführt. Die Pläne zur energetischen Sanierung von Gebäuden („Wärmepumpenpflicht“) und die damit verbundenen hohen Kosten haben bei vielen Menschen tiefen Zweifel an der Machbarkeit und Finanzierbarkeit dieser grünen Agenden hervorgerufen. Inzwischen fordern die Grünen zur Bekämpfung des Klimawandels einen grundlegenden Wandel im täglichen Leben jedes Einzelnen („Wohlstand des Weniger“ (Göring-Eckardt)) sowie den Umbau unseres Wirtschaftssystems („Ökosoziale Marktwirtschaft“). Hinzu kommen linksradikale Vorschläge („Gemeinwohlverpflichtung für Unternehmen“) und wirre Ansichten („Arbeit macht krank“ (Grüne Jugend)). Dies stößt bei einem Großteil der Bevölkerung auf Widerstand, insbesondere wenn diese Politik als Einschränkung persönlicher Freiheiten wahrgenommen wird. Die Grünen müssen erkennen, dass zwischen dem Vorbildsein und der Bevormundung („Ihr müsst es uns alle nachmachen“) eine Sollbruchstelle besteht.

Von Emanzipation zur Umerziehung beim Schreiben und Sprechen

Die Grünen sind auch aus der Frauenbewegung hervorgegangen. Sie trugen wichtige Anliegen in die politische Landschaft, wie die Forderung nach Chancengleichheit, gleicher Entlohnung für gleiche Arbeit und einer verbesserten Repräsentanz von Frauen im öffentlichen Leben. Aber während noch zum Beispiel das Antidiskriminierungsgesetz 2006 auf eine breite Zustimmung stieß, empfindet heute die große Mehrheit der Bevölkerung das aktuelle grüne Lieblingsprojekt, das „Zwangsgendern“, als unerträgliche Bevormundung. Auch dieses Thema haben die Grünen auf die Spitze getrieben und dann den Mehrheits-Mainstream verloren.

Vom hilfsbereiten zum überforderten Deutschland

Die Grünen entstanden in einer Zeit, in der kritische Stimmen gegenüber dem US-Imperialismus bereits die Mitte der Ge-



sixt
**Pressteile
Presswerkzeuge**
**Ihr Partner... von der
Entwicklung bis zur Serie.**
www.sixt-gmbh.de
Sixt GmbH Rudolf-Diesel-Str. 1 · 71106 Magstadt

sellschaft erreicht hatten. Fast unwidersprochen hatte sich die Ansicht durchgesetzt, dass der Wohlstand des Westens auf der Ausbeutung des Globalen Südens basiere. Daraus wurde unter anderem die moralische Verpflichtung des Westens abgeleitet, Flüchtlinge bedingungslos aufzunehmen. Gelenkt durch das „schlechte Gewissen“ wurden dabei aber entscheidende Voraussetzungen für Integration übersehen, wie die Erwartung, dass Einwanderer die deutsche Sprache erlernen müssen. Inzwischen empfindet nun ein großer Teil der Bevölkerung die Anzahl aufgenommenen Flüchtlinge als Überforderung.

Das Pendel schwingt zurück

All diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass sich das Blatt wendet. Die grüne Hegemonie hat ihren Zenit überschritten, so scheint es jedenfalls. Nicht weil ihre Anliegen irrelevant geworden wären, sondern weil die Radikalität, mit der sie die Grünen inzwischen vertreten, eine wachsende Ablehnung in der Bevölkerung hervorruft. Die Vorstellung einer moralisch überlegenen Position, die keinen Raum für Kritik oder andere Sichtweisen lässt, findet immer weniger Anklang. Dass dadurch die Union profitiert, ist alles andere als ein Selbstläufer. Mit Positionen von gestern lassen sich die Wahlen von morgen nicht gewinnen. Das rufe ich auch manchem in der MIT zu. Nichts kommt so zurück wie es irgendwann einmal gegangen ist. Aber die neuen Chancen wollen wir nutzen. Mit dem neuen Grundsatzprogramm, mit klugen, aber unideologischen Ideen zur Lösung für die Herausforderungen der Zeit, aber fast noch wichtiger: durch einen Generationswechsel in der Führungsetage der CDU können wir der breiten Mitte der Gesellschaft wieder Hoffnung machen. Die CDU muss wieder so stark werden, dass wir den politischen Kurs jeder Regierungskoalition bestimmen. Die CDU muss zu alter Stärke zurückfinden, als sie das politisch verkörperte, was eine große Mehrheit in Deutschland dachte. Volkspartei eben. ■

Tobias Vogt MdL,
tobias.vogt@cdu.landtag-bw.de,
tobias-vogt.de



Mit Leistung zum Erfolg

Fabian Gramling MdB, Beisitzer im MIT Bundesvorstand



Was verbinden Sie mit einem Unternehmen aus dem Schwarzwald? Genau: Ideenreichtum, Fleiß und Qualitätsbewusstsein. Exakt die Eigenschaften, die HECO-Schrauben ausmachen. Wir sind einer der führenden Hersteller von Schrauben- und Befestigungssystemen für den konstruktiven Holz- und Innenausbau, den Beton- und Metallbau sowie für Schwerlastbefestigungen in Europa.



heco-schrauben.de

„Besser nichts“ – mit diesen Worten beantwortet der Kanzler die Frage eines Journalisten, was der Bundestrainer Julian Nagelsmann vor der anstehenden EM von der Ampel-Regierung lernen könne. Diese Worte sagen viel über den Zustand dieser Bundesregierung aus.

Was wir sowohl für die anstehende Heim-EM, für unseren Wirtschaftsstandort, für unsere Politik und unsere Gesellschaft aber wieder brauchen, ist mehr Mut zum Leistungsversprechen. Die in vielen Lebensbereichen eingezogene Vollkasko-Mentalität lähmt unser Land und unsere Volkswirtschaft. Es wird erwartet, dass möglichst jedes Risiko und jede Anstrengung abgesichert sein soll. Ganz nach dem Motto: entweder verboten oder versichert. Da verwundert es nicht, dass laut des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft jeder Deutsche im Schnitt 6 Versicherungen vorweisen kann. Das Automobil wurde jedoch ohne Haftpflichtversicherung erfunden, ebenso wie die Erfindung des Streichholzes in Ludwigsburg im 19. Jahrhundert.

Wir müssen Verantwortung sowie Mut zur Gestaltung und Entwicklung wieder zurück an die Menschen geben. Diese brauchen dann jedoch genauso den Raum zur Entfaltung und Verwirklichung. Die Grundlage dafür ist für mich ein neues Leistungsversprechen. Der Satz „Arbeit muss sich lohnen“ ist abgedroschen. Dennoch trifft er den Kern dessen, was wir in der deutschen Gesellschaft wieder verankern müssen. Dabei ist jedoch wichtig zu beachten, dass Leistungsträger nicht durch ihr Gehalt bestimmt werden. Die eigenen Anstrengungen, unabhängig des Alters oder des Einkommens, müssen belohnt werden. Deswegen ist es genauso wichtig, dass kleinere und



mittlere Einkommen zukünftig stärker entlastet werden. Ich möchte, dass Überstunden bei Vollzeitbeschäftigung steuerfrei werden. Außerdem soll die Aufnahme einer Beschäftigung im Alter nicht nur unbürokratisch sein, sondern sich vor allem auch finanziell lohnen. Derzeit arbeiten ca. 5,7 Millionen Menschen, obwohl sie das Rentenalter bereits erreicht haben; das ist ein Anstieg von 26,2% in den vergangenen 3 Jahren. Es gibt viele Menschen, die im Rentenalter arbeiten wollen – wir sollten sie nicht aufhalten. Lediglich die Ampel-Regierung hat bereits nach 2 ½ Jahren ihre Halbwertszeit überschritten.

Zu einem neuen Leistungsversprechen gehört für mich auch: Wer arbeiten geht, muss ein besseres Leben haben als jemand, der einen Job verweigert. Fördern und Fordern muss deshalb wieder die Devise sein. Weiterbildung, Schule und Qualifikationsangebote stehen auf der einen Seite. Werden diese aber nicht angenommen, muss die Person spürbar finanziell schlechter gestellt werden. Deswegen ist für uns klar, dass das Ampel-Bürgergeld für alle Leistungswilligen und jeden Steuerzahler ungerecht ist. Stand Februar 2024 beziehen 5,5 Millionen Menschen Bürgergeld, davon sind knapp 4 Millionen erwerbsfähig. Zum 1. Januar stieg das Bürgergeld um weitere zwölf Prozent. Das ist für mich eine eindeutig falsche Anreizstruktur und muss korrigiert werden. Wer arbeiten kann, muss auch arbeiten gehen. ■

Fabian Gramling MdB,
fabian.gramling@bundestag.de,
fabian-gramling.de

salzmann

Erfrischend innovativ
für Kühler, Kälte, Klima

Salzmann Kühler GmbH
Tel.: 07731 8684-0
www.salzmann-kuehler.de

Kühlverlässlich
mit Salzmann

Weiter nur Trippel- schritte beim Büro- kratieabbau

Berlin, 13. März 2024

- Kabinett will heute das vierte Bürokratieentlastungsgesetz beschließen
- Pflichten zu Papier und Unterschrift bremsen Digitalisierung

Das Bundeskabinett will heute das vierte Bürokratieentlastungsgesetz beschließen. Dazu erklärt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder:

„Das Bürokratieentlastungsgesetz wird an der einen oder anderen Stelle den bürokratischen Aufwand für Wirtschaft, Bevölkerung und Verwaltung reduzieren. Es verpasst aber zugleich die Chance für einen echten Befreiungsschlag. So verzichtet die Bundesregierung weiter auf

die im Koalitionsvertrag angekündigte Generalklausel bei den Schriftformanfordernissen. Dabei ist der Zwang zu händischer Unterschrift und Papier eines der größten Hemmnisse einer konsequenten Digitalisierung. Das bedeutet zum Beispiel, dass Arbeitgeber bei einer Gehaltserhöhung aufgrund einer neuen Betriebsvereinbarung ihre Beschäftigten weiter schriftlich auf Papier informieren müssen. Und da, wo digitale Unterschriften grundsätzlich akzeptiert werden, werden unnötige technologische Hürden aufgebaut. So ist etwa bei Arbeitsverträgen ausschließlich die sogenannte qualifizierte elektronische Signatur zulässig, was insbesondere kleinere Unternehmen oder Startups vor hohe Hürden stellt.

Wir müssen die Digitalisierung der Verwaltungen mit mehr Konsequenz angehen. Nötig ist die rasche bundesweite Einführung des Unternehmenskontos, damit die Unternehmen sich wirklich digital gegenüber der Verwaltung ausweisen und mit ihr kommunizieren können, ohne dass zum Beispiel Anträge zusätzlich elektronisch signiert werden müssen. Und wir müssen die bereits vorliegenden Daten und Informationen in den unterschiedlichen Registern vernetzen, damit sie nicht immer wieder neu angegeben und erfasst werden. Bereits 2017 hat der Normenkontrollrat errechnet, dass so 6 Milliarden Euro unnötige Kosten eingespart werden können – inzwischen werden es eher mehr sein.

Angesichts dieses Einspar-Potenzials müssen auch die im Zuge der Haushaltsverhandlungen vorgenommenen Budgetkürzungen zurückgenommen werden, etwa bei der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes. Ausgaben für die Digitalisierung der Verwaltung gehören ohne Zweifel zu den lohnendsten Zukunftsinvestitionen.“ ■



UC Tools
Ultra Cutting Tools

**PRÄZISION
UND SCHNELLIGKEIT**

UC Tools GmbH | Otto-Hahn-Str. 34 | D-75248 Ölbronn-Dürrn
+49 (0)7237 48682 0 | info@uc-tools.de | www.uc-tools.de

Andreas Streim, Pressesprecher | Bitkom e.V.
a.streim@bitkom.org

Esther Steverding,
Referentin Public Sector | Bitkom e.V.
e.steverding@bitkom.org www.bitkom.org

Inserentenverzeichnis

Unternehmen in alphabetischer Reihenfolge

AUDAX-Keck GmbH
audax.de

Lothar Bix GmbH
bix-lackierungen.de

Friedrich Bühler GmbH & Co. KG
buehler-stahlbau.de

Karl Burger Maschinenbau GmbH + Co.
burger-maschinenbau.de

Claus Gebäudereinigung GmbH & Co. KG
claus-gebaeudereinigung.de

Dittes Oberflächentechnik GmbH
dittes.net

Dold Holzwerke GmbH
dold-holzwerke.com

E. Esslinger GmbH & Co. KG
storz-esslinger.de

ELGO Electronic GmbH & Co. KG
elgo.de

Martin Fink GmbH & Co. KG
fink-plexiglas.de

Gaplatec GmbH

gaplatec.de

S. Gruber GmbH & Co. Ges für Transport und
Lagerei KG
gruber-steinheim.de

Detlev Hofmann GmbH
detlevhofmann.de

Gehr GmbH
gehr.de

GFD Gesellschaft für Dichtungstechnik GmbH
gfd-dichtungen.de

Grünemay & Abt KG
gruenemay-abt.de

Gruner AG
gruner.de

Häcker Fliesen und Naturstein GmbH
haecker-stein.de

HECO-Schrauben GmbH & Co. KG
heco-schrauben.de

Hinz GmbH Maschinenbauteile
hinz-mbt.de

Wilhelm Kächele GmbH

w-kaechele.de

Kärcher Tresorbau GmbH + Co. KG
kaercher-tresorbau.de

Kammerer Gewindetechnik GmbH
kammerer-gewinde.com

Kiefer Klimatechnik GmbH
kieferklima.de

Gebrüder Rückert GmbH & Co. KG
gebrueder-rueckert.de

Salzmann Kühler GmbH
salzmann-kuehler.de

Metallgießerei Schüle GmbH
schuele-guss.de

Sixt GmbH Werkzeugbau u. Stanzerei
sixt-gmbh.de

UC Tools GmbH
uc-tools.de

Weber Haus GmbH & Co. KG
weberhaus.de

Gebr. Zimmermann GmbH
felswerk.de

Hier geht es zur
www.mit-bw.de



Karl Burger Maschinenbau GmbH + Co.
Daniel-Weil-Str. 4 89143 Blaubeuren
Tel. 07344/6009 Fax 07344/3581
E-mail: info@Burger-Maschinenbau.de

MIT vor Ort

MIT Alb-Donau/Ulm

www.mit-alb-donau-ulm.de

MIT Baden-Baden/Rastatt

www.mittelstand-bad-ra.de

MIT Biberach

www.mit-bc.de

MIT Böblingen

www.mit-boeblingen.de

MIT Bodenseekreis

www.mit-bodenseekreis.de

MIT Breisgau-Hochschwarzwald

www.mit-breisgau-hochschwarzwald.de

MIT Calw/Freudenstadt

www.mit-cw-fds.de

MIT Emmendingen

www.mit-emmendingen.de

MIT Esslingen

www.mit-esslingen.de

MIT Freiburg

www.mit-freiburg.de

MIT Göppingen

www.mit-gp.de

MIT Heidelberg

www.mit-heidelberg.de

MIT Heidenheim**MIT Heilbronn**

www.mit-heilbronn.de

MIT Hohenlohe

www.mit-hohenlohe.de

MIT Karlsruhe

www.mit-karlsruhe.de

MIT Karlsruhe Land

www.mit-karlsruhe-land.de

MIT Konstanz

www.mit-konstanz.de

MIT Lörrach**MIT Ludwigsburg**

www.mit-ludwigsburg.de

MIT Main-Tauber-Kreis

www.mit-main-tauber.de

MIT Mannheim

www.mit-mannheim.de

MIT Neckar-Odenwald

www.mit-neckar-odenwald.de

MIT Ortenau

www.mit-ortenau.de

MIT Ostalb

www.mit-ostalb.de

MIT Pforzheim

www.mit-pforzheim.de

MIT Ravensburg

www.mit-ravensburg.de

MIT Rems-Murr

www.mit-remsmurr.de

MIT Reutlingen

www.cdu-kreis-reutlingen.de/vereinigungen

MIT Rhein-Neckar

www.mit-rhein-neckar.de

MIT Rottweil

www.mit-rottweil.de

MIT Schwarzwald-Baar

www.mitsbk.de

MIT Sigmaringen

www.mit-sigmaringen.de

MIT Stuttgart

www.mit-stuttgart.de

MIT Tübingen**MIT Tuttlingen****MIT Waldshut****MIT Zollernalb**

www.mit-zollernalb.de

MIT Nordbaden

www.mit-nordbaden.de

MIT Nordwürttemberg

www.mit-nordwuerttemberg.de

MIT Südbaden

www.mit-suedbaden.de

MIT Württemberg-Hohenzollern

www.mit-wueho.de

MIT Baden-Württemberg

www.mit-bw.de

MIT Bund

www.mit-bund.de

Impressum

Wirtschaftsforum – das Magazin der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg erscheint zehnmal im Jahr im Rahmen der Mitgliedschaft. Ist der Verlag durch höhere Gewalt, Streik und dergleichen an seiner Leistung verhindert, so besteht keine Ersatzpflicht für das Wirtschaftsforum.

Herausgegeben von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Kaan Verlag GmbH.

Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg (MIT)

Stammheimer Straße 10, 70806 Kornwestheim
Telefon 07154 8025-140,
wifo@mit-lvbw.de,
www.mit-bw.de

Auflage: 5.000 Exemplare für Mitglieder und Interessenten

Verlag und Vertrieb:

Kaan Verlag GmbH
Klosterstraße 12, 72514 Inzigkofen
Telefon 07571 7404-0
wifo@kaanmedia.de,
www.kaanmedia.de

Redaktion Wirtschaftsforum:

verantwortlich im Sinne des Presserechts
Ulla Müller-Eisenhardt (MIT BW)
wifo@mit-lvbw.de

Leitung Wirtschaftsforum:

Ulla Müller-Eisenhardt

Verantwortlicher Redakteur:

Achim Rieger (Kaan Verlag GmbH)

Druck:

Kaan Verlag GmbH
Klosterstraße 12, 72514 Inzigkofen
www.kaanverlag.de

Bildnachweise:

Diese Ausgabe verwendet Bilder von Pixabay, Pixelio, Adobe Stock und MIT Bund.

Aufnahmeantrag



Hiermit bitte ich um die Aufnahme in die Mittelstands- und Wirtschaftsunion.
Die grau hinterlegten Felder werden von der MIT ausgefüllt.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Mitgliedsnummer	LV/KV	Kriterium
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Name, Vorname		Geburtsdatum
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Straße, Hausnummer		PLZ, Ort
<input type="text"/>		<input type="text"/>
E-Mail-Adresse		Telefon
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Beruf		Firma
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Berufliche Tätigkeit		Eintrittsdatum
<input type="text"/>		<input type="text"/>

- Selbstständig Um unsere Beziehung zu Ihnen auf Sicherheit, Vertrauen und Nachhaltigkeit aufzubauen, bitten wir Sie, uns nachfolgendes Einverständnis zu geben:
- Nicht selbstständig Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.B. politische Meinungen) einverstanden. Die Daten werden von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg, ihren Gliederungen für die Übersendung von Einladungen, Newsletter, Informationsmaterial und des Mitgliedermagazins – auch per E-Mail – genutzt. Eine sonstige Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen und Einladungen genutzt werden. Der Versand der Einladungen auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich. Ihre persönlichen Daten werden nach Beendigung Ihrer Mitgliedschaft gemäß der gesetzlichen Bestimmungen gelöscht.
- CDU-Mitglied
- Parteilos

Ich bestätige, kein Mitglied einer anderen Partei als der CDU/CSU zu sein.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Unterschrift des Neumitglieds	Geworben von	Unterschrift des MIT-Kreisvorsitzenden

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die MIT, bis auf Widerruf meinen Jahresbeitrag und die einmalige Aufnahme spende von folgendem Konto abzubuchen:

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name, Vorname des Kontoinhabers	Gläubiger-ID	BIC
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geldinstitut	IBAN	
Die Aufnahme spende für meinen	Mein Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich _____ €	
<input type="checkbox"/> Kreisverband <input type="checkbox"/> Landesverband <input type="checkbox"/> Bundesverband	(Mindestbeitrag 90 €/Jahr. Der Mitgliedsbeitrag wird als Jahresbeitrag durch eine SEPA-Lastschrift eingezogen.)	
beträgt einmalig _____ €		

Unterschrift Kontoinhaber

Jetzt Mitglied werden!

MIT im Dialog.

**Schreiben Sie uns
Ihre Meinung!**

**z. B. zu unseren Forderungen an die
Landesregierung, zur uns belastenden
Bürokratie und zu unseren Erwartungen
an die Wirtschaftspolitik!**

wifo@mit-lvbw.de

Hier geht es zur
www.mit-bw.de



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSUNION
BADEN-WÜRTTEMBERG